fusion verdecken soll. Diese Tatsache ist nach fast zweijähriger Praxis der „Essener Richtung" durch die Rumpfkonferenz einer werdenden KAI. erhärtet. Der zersplitternden Wirkung des Unionssozialdemokratismus unterlag auch die holländische KAP. Auf der im Januar 1924 in Holland stattfindenden „Klärungs"konferenz wird nur die Fratze eines irrlichterirrenden Unionssozialdemokratismus vertreten sein. Bulgarien fordert objektive Berichterstattung. Der im Gefühlsüberschwang und mit mangelnder praktischer Erfahrung und Schulung ausgerüstete erste Vertreter Bulgariens wird nach seiner bei der Berliner Richtung verbrachten Lehrzeit eine objektive Darstellung der in KAP. und AAU. vorhandenen taktischen Strömungen den bulgarischen Klassengenossen vortragen. Die Rumpfkonferenz der „KAI." weiß nichts davon zu berichten. Ein Beweis dafür, daß Bulgarien dort unvertreten war. Ein zweiter Berichterstatter Bulgariens scheint von der deutschen Sekte des Unionssozialdemokratismus auch relegiert worden zu sein. Der Bericht schweigt ihn tot. Die sonstigen angeknüpften Verbindungen, welche der deutsche „Sektenvertreter" in seinem Bericht hervorhob, existieren durch Vermittlung einer KPD.-Korrespondenz, die über KAP. gerichtete Strömungen im Ausland unterrichtend wirkt. Eine wirklich proletarische Internationale des Klassenkampfes wird und kann nur proletarischer Kampfeswillen zustande bringen. Erst theoretische Klarheit und ebensolche Praxis, die nur vom proletarischen Element getragen sein kann, vermag das Fundament zu einer KAI. zu schaffen, die proletarisch revolutionäre Energien aus dem Bann reformistischer Versumpfung und bürgerlich intellektueller Bevormundung befreien kann. Der im November getagten Rumpfkonferenz winken wir den Abschied zu. Proletarisch-revolutionäre Energie wird dafür sorgen, daß suchendem proletarischem Intellekt nicht öfter ein Anschauungsunterricht geboten wird, wie ihn die verflossene Rumpfkonferenz einer werdenden KAI. bot."

Es wäre dem eigentlich nur hinzuzufügen, daß noch so viel Worte eben die Entscheidung nicht ersparen können darüber, welche Stellung man einem solch neusozialdemokratischen Gebilde einzunehmen gedenkt. Dies sollten sich die Kritiker nun endlich einmal durch den Kopf gehen lassen, wenn sie ernst genommen werden wollen. Wir, die wir die jetzt enttäuschten Heldenverehrer vergebens von der konterrevolutionären Organisations- und Phrasenschufterei warnten, denken gar nicht daran, nun etwa den Erhabenen zu spielen, können uns aber des Eindrucks nicht erwehren, daß die Angst vor der eigenen Courage größer ist, als die Kraft, die den Ausführungen innewohnenden Konsequenzen praktisch zu ziehen. So lange das nicht geschieht, und man nicht ganz offen und klar zu dem Problem der Internationale Stellung zu nehmen den Mut aufbringt, ist alles Gerede und Geschimpfe eitel Spiegelfechterei. KAP. und AAU. haben jedenfalls mit derartigen Manövern nichts zu tun, und wenn nicht der dauernden Mißkreditierung derselben vorgebaut werden müßte, konnte man über diese Lächerlichkeiten zur Tagesordnung übergehen. So aber gebietet uns proletarische Pflicht, immer wieder klar festzustellen, daß KAPD. und AAU. diese ganz richtig gekennzeichneten Glücksritter der Revolution aus ihren Reihen warf, und jetzt politisches Hochstaplertum im Trüben zu fischen sucht. Wer sich trotz einiger Ungemütlichkeiten von diesem Geschmeiß nicht trennen kann, beweist schon durch seinen Umgang wer er ist.

Aus dem besetzten Gebiet

Die Nachrichten aus dem besetzten Gebiet über die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit lassen durchblicken, daß dort das Proletariat sich aufbäumt, doch da ihm das Ziel fehlt, welches allein die Klasse einigen kann, so wird das Proletariat teils in Gruppen, teils in Bezirken teils nach heftigem oder auch schwächerem Widerstand niedergerungen. Unbegreiflich erscheint uns immer wieder die Ausführung der Notstandsarbeiten. Ein Zeichen, daß das Proletariat noch sehr viel Anschauungsunterricht erhalten muß. Wir lassen etliche Berichte folgen, die die Schwere der Auseinandersetzungen erkennen lassen.

Barmen, 29. 1.

Bei einer Abstimmung in den freien Gewerkschaften ergab sich eine schwache Mehrheit gegen den Generalstreik. Die Streiklage hat sich dadurch verschärft, daß die Metallarbeiter von Elberfeld und Barmen und die Belegschaft der Bergischen Elektrizitätsversorgungsgesellschaft m. b. H. in den Ausstand getreten sind. Die Vereinigten Theater Elberfeld-Barmen müssen heute geschlossen bleiben. Die Straßenreinigung und die Müllabfuhr liegen ebenfalls still.

Infolge dieses Streiks der städtischen Arbeiter mußte die Technische Nothilfe auf Veranlassung des Polizeipräsidenten zur Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Kraft im Elektrizitätswerk Kabelstraße der Märkischen Elektrizitäts-Versorgungs-Gesellschaft eingesetzt werden. **Ein Einsatz im Gas- und Wasserwerk war bisher nicht notwendig, da die Notstandsarbeiten von den Arbeitern selbst verrichtet werden.**

Barmen, 29. 1. Die Straßenbahner der Barmer Bergbahn und der Städtischen Straßenbahn traten heute in den Ausstand. Dadurch liegt der Betrieb des ausgedehnten Bahnnetzes still, und der Verkehr mit den Nachbargemeinden ist unterbrochen.

Elberfeld, 29. 1. Der Ausstand der Textilarbeiter nimmt immer schärfere Formen an. Terror und Gewalttätigkeiten sind an der Tagesordnung.

Der Streik im rheinischen Kohlenbergbau hat sich noch verschärft. Auf der letzten noch arbeitenden Grube Donatus (Rheinische Aktiengesellschaft) haben heute ortsfremde Ausständige in großer Zahl die arbeitende Bergschaft von der Arbeitsstätte vertrieben und den Betrieb stillgelegt.

Britische Truppen als Streikbrecher

Im Rheinland, wo zurzeit gegen 400 000 Metall-, Textil- und Bergarbeiter streiken, um den Achtstundentag aufrechzuerhalten und Lohnverkürzungen abzuwehren, hat im Kölner Gebiet die englische Besatzungsbehörde eingegriffen, trotzdem diese anfangs erklärte, sich in einen wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter nicht einzumischen. So hat diese Behörde u. a. die Bereitstellung von 600606 streikenden Arbeitern gefordert, um die notwendige Versorgung mit elektrischen Strom zu ermöglichen.

L'Humanité (Paris) berichtet ferner, das englische Offiziere die Redaktionen der in Köln und Solingen erscheinenden kommunistischen Zeitungen aufsuchten und diesen unter Androhung eines Verbots befahlen, die Worte „Generalstreik" oder „Streik zur Verteidigung des Achtstundentages" aus ihren Zeitungsspalten zu entfernen.

Ebenso sind britische Truppen bei dem Bergarbeiterstreik in der Umgegend von Köln gegen Streikende eingeschritten.

Hieraus geht also deutlich die gemeinsame internationale Front der Kapitalisten hervor, wenn es sich um Niederschlagung von Streiks der Proletarier irgend eines Gebietes handelt.

Die kommunistische Partei Englands fordert in ihrer Zeitung die englische Arbeiterschaft auf, diesen Dingen Einhalt zu gebieten durch die Forderung: „Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland!"

Indien

In Bombay streiken seit einer Woche die Spinnereiarbeiter. Die Zahl der stillgelegten Spinnereien beläuft sich auf 75. Die Zahl der Arbeiter auf 140 000.

Wirtschaft

Die einsetzende Konjunktur

Zweifellos beginnt sich die Wirtschaft zu beleben. Wir wollen die groben Fälschungen der amtlichen Statistiken außer Betrachtung lassen, wenn man im Laufe einer Woche zehntausenden Erwerbslosen die Unterstützung entzieht, und dann auf Grund der Register veröffentlicht: Die Erwerbslosigkeit ist um so und soviel zurückgegangen. Wir sehen aber auch, daß sich die Zahl der Kurzarbeiter vermindert, und daß von den Sklavenmärkten ein viel größerer Prozentsatz Sklaven in die Fabriken geschickt wird. Wir haben die Ursachen zu untersuchen und werden zu dem zweifellosen Ergebnis kommen, daß dies keine Gesundung des Kapitalismus ist, sondern eine fieberhafte Aufblähung, eine Scheinkonjunktur von kurzer Dauer.

Zunächst hat das Kapital eine viel größere Anzahl Proletarier aus den Betrieben geworfen, als dem Beschäftigungsgrad der Industrie für längere Zeit zuträglich war. Das war nötig, um den Herr-im-Hause-Standpunkt durchzusetzen. Verlust war damit nicht verbunden, denn Profit kann nur erzeugt werden, wenn die Proletarier billiger arbeiten. Durch die stabilen Zahlungsmittel und die (absolut) gesunkenen Preise (deren Ursache wir in Nr. 7, in dem Artikel „Preissturz" untersuchten) haben die sich in der letzten Zeit der Inflationsperiode fast auf den Nullpunkt gesunkenen Löhne immerhin auch relativ etwas gehoben. Das bedeutet eine zusätzliche Kaufkraft, also vermehrter Warenbedarf. Dies wäre also schon eine — die kleinste — Ursache der beginnenden „Konjunktur".

Bisher waren die Waren stabil, nahmen an Wert zu, die Geldmittel entwerteten sich. Das flüssige Geld strömte in die Waren. Heute entwerten sich die Waren, das Geld ist stabil (noch). Man versucht die Waren in Geld umzusetzen. Zwangsläufige Folge: Warenverbilligung, Geldflüssigkeit, Vermehrung des produktiven Betriebskapitals, Hebung der „Konjunktur".

Wir brauchen zum Überfluß nicht zu beweisen, daß alle diese Momente nicht von langer Dauer sein können. Alle Quellen, die als treibende Faktoren die „Konjunktur" heben, müssen sich bald ausschöpfen. Wie aber, wenn diese Quellen ausbleiben, bis alle Proletarier wieder im Joch sind? Wäre eine halbwegs erträgliche Lohnsklaverei mit dem Tempo des Hungersterbens wie bis 1914 für die Zukunft möglich? Wir wollen einmal diese Illusion als Faktum zugrunde legen. Die Jagd nach Absatzgebieten auf den Auslandsmärkten müßte sehr schnell in einem Zusammenprall enden, gegen den, der von 1914 ein Kinderspiel war. Aus denselben zwangsläufigen Ursachen, aus den dem Kapitalismus innewohnenden ökonomischen Gesetzen.

Zum Glück für die kommenden Geschlechter ist dies nicht möglich. Das gemeinsame Programm der Allgemeinen Arbeiter-Union und der Kommunistischen Arbeiter-Partei beruht nicht auf der Annahme, daß der Kapitalismus sich in der Todeskrise befindet, sondern auf der wissenschaftlichen Erkenntnis dieser Tatsache. Hieran ist ebenso wenig zu zweifeln, als an der Entwicklung der Gesellschaftsgeschichte der letzten 2500 Jahre. Die Erkenntnis von der Todeskrise des Kapitals ist das Resultat dieser Geschichte. Die mathematische Lösung heißt Todeskrise des Kapitals, Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft.

Den Schlußstrich unter das Exempel setzten KAP. und AAU.; den Schlüssel dagegen, diese Aufgabe zu lösen, die dialektische Methode, ergründen, erkamten und beweisen die besten Köpfe der alten und neuen Geschichte. Heraklit und Sokrates vor fast 2500 Jahren, Kant, Fichte, Hegel, Marx, Luxemburg. Sokrates mußte den Giftbecher trinken, für die Ergründung der Wahrheit; Jesus von Nazareth, der nur die äußerlich wahrnehmbare Besitz-Differenz zwischen Ueberfluß und Mangel an gesellschaftlichen Gütern leise rügte, wurde ans Kreuz geschlagen; Luxemburg . . . . . .

Das Lebenselement des kapitalistischen Produktionssystems ist Expansion. Diese immerwährende Ausdehnung ist die Lunge der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne sie ist Kapitalismus nicht möglich. Kapitalismus ist nicht möglich, wenn er sich nur auf die Kaufkraft der Kapitalisten, ihrer Arbeiter und der von beiden lebenden Berufen (freie Berufe, Heil- und Pflegetransport-Personal, (Zwischenhänden) stützen kann. Auch nicht von den schon vorhandenen Absatzmärkten. Es muß fortlaufend neue Kaufkraft, außer den vorhandenen Konsumenten erschlossen werden. Weil diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden war — 1914. Mit dem Aufhören der Expansion, hörte noch nicht die gesellschaftliche Entwicklung auf. Der Kreislauf Produktion — Absatz wird unterbrochen. Die entfesselte Produktivkräfte sprengen den gesellschaftlichen Rahmen. Selbstzerstörung. Unterminierung der eigenen Basis ist die Erscheinung des gefesselten Riesen Kapitalismus. Die nationale Kapitalismen, die sich bisher um die Absatzgebiete die Köpfe einschlugen, nehmen — international, jeder für sich — den Kampf auf gegen die Proletarier, um den zum Leben nötigen Profit zu erzeugen. Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung. . . .

Die wichtigste Voraussetzung für eine Konjunktur fehlt also: der Absatz. Durch die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist die französische Wirtschaft stärker als die deutsche. Durch die französische Inflation wird der deutschen Produktion die Grenze verrammelt. Die geringe Kaufkraft saugt das Ausland auf. Die kolonialen Industrien — Indien, Kanada, Südafrika usw. — heben sich und machen der alten Welt Konkurrenz. Gegen die hochentwickelte Technik Amerikas kommt nicht einmal England auf, dessen Industrie technisch die deutsche weit überragt. Die deutsche Industrie technisch über diejenige Amerikas zu bringen, ist unmöglich. Es fehlen die Mittel. Kein ausländischer Kapitalismus wird so Vergeben, um sich selbst das Grab zu schaufeln. Es fehlt der Absatz. Die Konjunktur ist eine Illusion. Das deutsche Kapital atmet erleichtert auf, weil sich das Proletariat wieder los zu Boden schlagen ließ. Die Ursache der Todeskrise wird dadurch nicht gemildert.

Eine weitere Ursache ist die ebenfalls in dem Artikel in Nr. 7 angedeutete Ausschüttung von Agrarprodukten unter den allgemeinen Marktpreisen. Die Landwirtschaft hat während des Krieges und mehr noch unter der glorreichen Regierungszeit der „Arbeiterregierungen" große Gewinne gemacht und diese akkumuliert. Heute muß sie einen Teil dieser Gewinne in Gestalt billigerer Waren abgeben. Sie „zehrt von der Substanz" und schüttet diese — zur Aufzehrung — aus. Die Ersparnisse der Käufer landwirtschaftlicher Produkte werden in Industrieprodukten angelegt. Für den Industriewarenmarkt bedeutet dies weitere zusätzliche Kaufkraft. Eine zweite Ursache der „Konjunktur".

Diese ersten beiden Ursachen an sich, würden nur sehr unwesentlich und kaum wahrnehmbar die Produktion beeinflussen. Sie würden fast ganz von den vorhandenen Waren aufgesogen. Erst in Verbindung mit der dritten und bedeutendsten Ursache, bewirken sie eine Hebung der Produktion: Die Entladung der Verbitterung und des Jahzornes des deutschen Proletariats im Novemberkrawall 1918 wurde von der Bourgeoisie ernst genommen. Große Kapitalien wurden im Auslande in Sicherung gebracht. Während der limitierten Inflationsperiode wurden Riesensummen über die Grenze geschafft, um sie vor Entwertung zu schützen. Heute wendet sich das Blatt. Fast in der ganzen Welt geht eine Entwertung der umlaufenden Zahlungsmittel vor sich, von Frankreich angefangen, über die skandinavischen Staaten, bis Amerika. Die verschobenen Kapitalien kommen zum Teil zurück nach Deutschland. Das Geld fließt in die Industrie. Die Kreditnot wird gemildert. Die Produktion hebt sich. Infolge der zurückströmenden Gelder hat die Rentenmark im Auslande einen Markt. Die nach Deutschland bestimmten Gelder — Devisen — werden im Auslande gegen Rentenmark eingetauscht. Je mehr sich die ausländischen Zahlungsmittel entwerten, desto mehr wird die Rentenmark begehrt. Auch als fremdländisches Geld strömt das früher geflüchtete Kapital zurück. Es sind dies Mittel, die Rohstoffe heranholen.

Die zurückflutenden Gelder stellen eine bisher versteckte Akkumulation dar, die kapitalsstärkend, reproduktiv wirken. Diese Gelder gehen zum Teil auf den Warenmarkt als zusätzliche Kaufkraft, zum Teil vermehren sie die für den Umsatz bestimmten Betriebskapitalien, z. T. zur Verbesserung und Reparaturen der Produktionsmittel, zum größten Teil aber werden dafür Rohstoffe für Konsumartikel und für den Verkehrsverkehr eingeführt. Das sind die Triebkräfte der Konjunktur.

Die nach Deutschland zurückflutenden Gelder wirken sich noch indirekt aus. Die Industrie geht in großem Maßstabe dazu über, die in der Nachkriegszeit geschaffenen Papiermark-Aktien (auch Vorkriegswerte zusammen zu legen. Es werden bis 500, ja bis 1000 Aktien zu je 1000 Mark zusammengelegt zu einer einzigen Aktie, zu 1000 Mark Nennwert. Die kleinen „Spekulanten", die als Parasiten indirekt an den wirklichen Spekulanten (die den Reichsbankkrediten zehrten, bedeutend ihre Gelder ausbezahlt. da ihre Aktien zahlenmäßig nicht hoch genug sind, um eine zusammengelegte Aktie erwerben zu können. („Die Großen fressen die Kleinen"). Die flüssig gewordenen Gelder strömen z. T. als zusätzliche Kaufkraft auf den Warenmarkt. Die Produktion wird angespannt. Die „Konjunktur" hebt sich.

Genossen!

Denkt an die politischen Gefangenen,

an die flüchtigen, im Lande umherirrenden, verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Familien, die in bitterster Not sind. Wohl lastet der Druck der Zeit sehr schwer auf jeden einzelnen, doch die Pflicht verlangt es. Noch können wir nur mit Geld helfen.

Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen.

Sammelt!

Vereinigte revolutionäre Unterstützungskommission

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch
Sammelt für den Pressefonds

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Borgmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 10, Jahrgang 5 | Februar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Das Ruhrgebiet als Ausland

Was dem revolutionären Proletariat seit langem kein Geheimnis ist, nämlich, daß das Ruhrgebiet die wieder zur deutschen Wirtschaft gehören wird, ist doch dem großen, noch sich in rein bürgerlicher Ideologie befindlichen Teil des Proletariats ein Buch mit sieben Siegeln. Die verdutzten Gesichter, die man hat in öffentlichen Versammlungen begegnet, beweisen dies immer wieder.

Die Proletarier können es nicht begreifen, daß einer ihrer Klassengenossen, der doch unmöglich schlauer oder klüger sein kann, als man selbst dumm ist, den Gang der Geschichte besser verstehen soll als die „altbewährten" Führer der Arbeiterschaft, die doch sowohl Doktortitel besitzen und viele andere Auszeichnungen (von der Bourgeoisie) erhalten haben. Ueber die schwebenden Verhandlungen zwischen der freien, deutschen Republik, deren Grenzen man nicht mehr weiß, und dem bösen Erbfeind wird nun folgendes veröffentlicht, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

•

„Bei den schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten über die Herstellung eines modus vivendi (die vereinbarte Form für den Verkehr von Staaten, die einander nicht freundlich gesinnt sind) in den besetzten Gebieten war von deutscher Seite unter anderem beantragt worden, daß die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Erhebung eines Zolles in Höhe von 25 Proz. des deutschen Zolltarifs für die Güter, die aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet kommen, aufgehoben wird. Diese Zollgrenze war durch die Verordnung 183 der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz vom 12. Juni 1923 als Strafmaßregel dagegen errichtet worden, daß die deutsche Regierung das von den Besatzungsmächten eingerichtete besondere Ein- und Ausfuhrregime in den besetzten Gebieten nicht anerkennen wollte und Maßregeln gegen die Durchführung dieses Regimes im unbesetzten Gebiet erlassen hatte. **Durch diese Zollgrenze ist**

die Wirtschaft des besetzten und des unbesetzten Gebietes

auf das schwerste geschädigt worden. Es ist ganz klar, wie hemmend auf den Wirtschaftsverkehr die Errichtung einer Zollgrenze mitten durch ein Gebiet wirken mußte, dessen Wirtschaft sich seit jeher als Einheit entwickelt hatte und dessen Wirtschaftszentren in verkehrs- und produktionstechnischer Beziehung aufs engste miteinander verflochten sind. Schon die mit der Zollbehandlung verbundenen verkehrstechnischen Hemmungen und Zeitverluste an der Grenze haben den Güter- und Personenverkehr zwischen den beiden Gebieten schwer geschädigt; noch mehr hat aber die Abgabe des Zolles den Güteraustausch beeinträchtigt, auf dessen ungehemmtes Funktionieren die nunmehr getrennten zwei Wirtschaftsgebiete seit Jahrhunderten eingestellt waren.

Mit dem Aufhören des passiven Widerstandes hätte man erwarten dürfen, daß auch diese ausdrücklich als Strafmaßregel eingerichtete Zollgrenze fallen würde. Die deutsche Regierung hat daher die Hoffnung gehabt, daß bei den Verhandlungen über den modus vivendi sicher in diesem Punkte Erleichterungen zu erreichen sein würden. Ganz im Gegensatz hierzu hat die interalliierte Rheinlandkommission von kurzem, während die Verhandlungen über einen modus vivendi noch schweben, die bisherigen Zollsätze von 25 Proz. auf die vollen 100 Proz. des deutschen Zolltarifs erhöht.

Der Zustand ist also jetzt der, daß deutsche Waren im Binnenverkehr vom unbesetzten nach dem besetzten Gebiet genau so behandelt werden wie irgend eine Wareneinfuhr aus Holland, Frankreich, Belgien. **Dadurch ist das besetzte Gebiet in wirtschaftspolitischer Beziehung gegenüber dem übrigen Deutschland vollständig zum Ausland gemacht worden.** Die wirtschaftliche Abtrennung des besetzten Gebiets vom übrigen Deutschland wird aber noch dadurch verschärft, daß die Besatzungsmächte gleichzeitig den allgemeinen deutschen Zolltarif in 227 Positionen (von insgesamt 946 Positionen) abgeändert haben, mit der offenbaren Tendenz, die

Wareneinfuhr in das besetzte Gebiet über die politische Westgrenze,

also von Frankreich und Belgien, zu begünstigen. Diese Tendenz ist ohne weiteres daraus zu ersehen, daß die Einfuhrzölle ermäßigt worden sind, z. B. für Liköre, Arrak, Rum, Cognac, Weine, Spirituosen, Kampfer-Anis-Rosmarin usw. wohlriechende Wässer, seidene Möbelstoffe und Gewebe, seidene Tüle, seidene Gaze, Crêpe, Flor usw., Kleider, Zier- und Blumenblumen, reiner Fransenhüte usw. Andererseits sind die Zollsätze für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate, die für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebiets unentbehrlich sind, erhöht worden. Einzelne weiterverarbeitende Industrien des besetzten Gebietes werden dadurch gegenüber der Einfuhr fertiger Waren aus Frankreich und Belgien konkurrenzunfähig, und die Bevölkerung zum Bezug französischer und belgischer Waren gezwungen. Diese Absicht, das besetzte Gebiet wirtschaftlich von Deutschland abzutrennen und nach Frankreich und Belgien zu orientieren, wird auch durch die ganze Handhabung der Einfuhrbewilligungen klar, unter anderem zum Beispiel durch die leichte und schnelle Zulassung französischer Automobile zum Verkehr, während die Zulassung von Automobilen deutscher oder anderer Herkunft erschwert wird.

Diese Erschwerung der Wareneinfuhr aus dem unbesetzten Gebiet und die Erleichterung der Einfuhr in das besetzte Gebiet über die Westgrenze haben natürlich zur Folge, daß die Wareneinfuhr in das besetzte Gebiet sich immer mehr nach der Westgrenze hinzieht, zum Nachteil der deutschen Eisenbahnen und Häfen, zum Nachteil aber insbesondere auch der deutschen Zolleinnahmen. So hatte die deutschen Zolleinnahmen im Dezember 1923 nur noch eine Hälfte der Zolleinnahmen im November 1923 betragen.

Die Schäden durch alle diese Maßregeln der Besatzungsmächte für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen sind ungeheuer. Der ernsthafte und bisher erfolgreiche Versuch der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Währung und des Budgets würden in Frage gestellt, wenn dieser Zustand noch länger andauern würde. Die Reichsregierung hat daher die Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen über den modus vivendi nach Rückkehr des deutschen Vertreters nach Paris nicht abgewartet, sondern bereits vor einigen Tagen in einer besonderen Note bei den französischen und belgischen Regierung gegen diese Maßregeln Einspruch erhoben, auf die dadurch verursachten schweren Schäden hingewiesen und die alsbaldige Aufhebung dieser Maßregeln beantragt."

•

Interessant ist noch, daß bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit darauf hingewiesen wird, daß dadurch die bis jetzt so leidlich geglückte Stabilisierung dadurch in die Brüche gehen könnte.

Es wird schon keine Rede mehr gehalten, oder kein Schriftstück mehr verschickt, wo nicht immer wieder stark auf die Gefährdung des Budgets hingewiesen wird. Geradezu hysterisch wirken die Unkenrufe.

Die Erwerbslosen sollen ruhig sein und mit dem Abbau und der Zwangsarbeit einverstanden sein, sonst, in sonst ist die Hetzjagd — es gibt auch Arbeitslose, die dies glauben. Die Beamten sollen in ihrem eigenen Interesse mit ihrer eigenen Entlassung, und die noch gebrauchten mit der Urlaubskürzung nur um 7 Tage einverstanden sein, ja sonst ist das Budget nicht zu halten.

Die Bauern sollen recht schnell ihre letzte Sau, eventuell den Bullen verkaufen, um ganz schnell Steuern zu bezahlen, sonst ists Essig mit der vielbeliebten Edelvaluta. Die Zeit für Anschaffung von Klavieren und Fahrrädern resp. Möbel für Kinder, die noch erzeugt werden sollen, ist vorbei.

Die Industrie soll auch Steuern bezahlen, da aber nun Rheinland-Westfalen wirklich Ausland ist, da wird kein Probst etwas dran ändern, so müssen eben die Rohstoffe vom Ausland bezogen werden und da ists wieder mal nichts mit dem Zehn- und Zwölfstundentag. Der reicht einfach nicht für die Konkurrenzfähigkeit. Armer Michel, halt dich fest; es geht bald wieder los mit einer neuen Welle der Unternehmerdiktate. Mit England steht man nun auch noch in Verhandlungen über die Reparationen und da sagt der Reichfinanzminister Dr. Luther, ihr müßt auf die Zahlung von monatlich 15 bis 17 Millionen Goldmark verzichten, dies hält unser Budget nicht aus.

Also auf alles verzichten, keine Reparationen, Steuern zahlen bis zum Weißbluten, arbeiten nach Möglichkeit nur für die Erwerbslosenunterstützung und dann noch soviel Stunden extra für den Staat, man könnte doch die kommunistischen Samstage Rußlands mal in Erwägung ziehen, dann noch eine richtige und recht große ausländische Anleihe, die man nie zurückzahlen möchte, dann, ja dann, und welches Herz versetzt sich nicht in eine bezaubernde Märchenstimmung, wär vielleicht die Rentenmark stabil und das Budget nicht wacklig.

Da aber nun die Weltgeschichte sich wirklich nicht um die frommen Wünsche deutscher Kleinbürger kümmert, sondern allen nationalen Wirtschaftsgebieten der Zwang im Nacken sitzt, sich selbst zu stabilisieren in seinem Haushalt, so kann sich wohl jeder Proletarier, wenn er will, ausmalen, was seinem geliebten Vaterland nebst der verehrten Rentenmark und auch ihm selbst bevorsteht.

Die „deutsche" Revolution

Nach dem Verbot der KPD. setzte in der Mitgliedschaft eine lebhafte Diskussion über die sogenannte Oktoberniederlage ein. In der gesamten kommunistischen Internationale hatte man auf Grund der Berichte der deutschen Kommunisten mit dem Ausbruch einer proletarischen Revolution in Deutschland für den Herbst des Jahres 1923 gerechnet. Es waren auch verschiedene Vorbereitungen in dieser Hinsicht getroffen. In der Mitgliedschaft hatte man auch dementsprechende Gerüchte, verbunden mit geheimnisvollen militärischen Maßnahmen verbreitet. Ueberall hatte man die linke Opposition vorgeschickt, und sie gewähren lassen. Das Verlangen nach Kampf machte die Situation immer unheimlicher für den rechten Flügel der Partei. Dieser wollte zwar die Mitgliedschaft in Bewegung halten, ihnen täglich und stündlich ein revolutionäres Panorama, d. h. eine revolutionäre Schaustellung geben, er hatte aber absolut keine Absicht, Explosionen hervorzurufen. Die Rechte wollte wohl Machtpositionen aufrichten, um mit ihnen zu drohen. Sie glaubte aber nicht, es zu einem offenen Kampfe kommen lassen zu dürfen. Die Beweggründe liegen vollständig klar.

Die Zentrale hatte sich mehr und mehr auf dem Boden des Kampfes gegen den Faschismus festgelegt. Der Kampf gegen diese Bewegung war für sie der treibende Faktor auf Revolution. Sie hatte sich damit der SPD. und ihrem Programm immer mehr und mehr genähert, so daß infolge der starken Betonung des gemeinsamen Kampfziels der Unterschied zwischen ihr und der SPD. immer mehr verwischt wurde. Es setzte das Liebäugeln mit dem linken Flügel der SPD. ein und damit eine weitere Annäherung an die Anschauungen der SPD., die sogar bis zum Ministerialismus in Sachsen und Thüringen führte.

Damit hatte sich die KPD. zum Kampf für die Republik verpflichtet. Ihre früheren „völkischen" Beziehungen hatte sie wegen dieser gemeinsamen Plattform mit der übrigen Arbeiterschaft aufgelöst. Sie hatte erkannt, daß die Verbindung mit den Rechtsrevolutionären ihr jedes Kredit bei der Arbeiterschaft entzogen und zur Stärkung der SPD. geführt hatte. Die gemeinsame antirepublikanische Geste der Völkischen und Kommunisten dauerte deshalb nur kurze Zeit. Die KPD. verfiel bald in das andere Extrem des gemeinsamen Kampfes für die Republik. Sie hoffte, durch die Republik, die Republik aus den Angeln zu heben, d. h. den Teufel durch Belzebub auszutreiben. Bei dem großen Format der sächsischen KPD.-Leuchten wurde dies Manöver nur zu einer Posse, wie selbst das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale anerkennen mußte. Diese Posse war aber keineswegs geeignet, den revolutionären Kampfeswillen der Arbeiterschaft zu stärken. Sie erweckte nur die Illusion, daß durch ein bloßes Zusammenarbeiten der SPD. und der KPD. schon das Ziel der Arbeiterregierung erreicht werden könnte. Das Fiasko dieser unblutigen Revolution zeigte der Arbeiterschaft, daß die Rezepte der KPD. nicht viel mehr Wert waren, als die der SPD. Die „lächerlichen Tiraden" Böttchers, wie der „Rote Kurier", das Leipziger Mitteilungsblatt der KPD., die Reden des großen Finanzministers nennt, konnten nur dazu beitragen, daß was noch zu mißkreditieren war, zu mißkreditieren. Eine revolutionäre Kampfeswelle konnte in der Arbeiterschaft von der ewigen Rücksichtnahme auf die SPD. überhaupt nicht erzeugt werden. Die Zentrale sah, daß durch diese Verbindung mit der SPD. jede Aussicht auf eine Bewegung mit rein proletarischem Charakter ausgeschlossen wurde.

Radek, welcher als der eigentliche Inspirator der Zentrale der deutschen Kommunistischen Partei anzusehen ist, hatte sehr klar diese Situation erfaßt und sich dagegen gestemmt, daß die KPD. in ein zweifelhaftes Abenteuer hineingetrieben wurde. Sinowjew hat dies Verhalten Radeks in die kritischsten Worte gekleidet, R. habe die KPD. geradezu „an den Rockschößen zurückgezerrt", anstatt sie zum Kampf aufzurufen. In den von Thalheimer und Brandler veröffentlichten Thesen wird als die entscheidende Ursache der Niederlage noch der so starke hemmende Einfluß der Sozialdemokratie bezeichnet. Dies wird als objektive Ursache angesehen. Eine solche Entschuldigung ist mehr als lächerlich, wenn man diesen hemmenden Einfluß der Sozialdemokratie selbst großgezüchtet hat, indem man die Verbindung anstatte der Trennung propagierte. In der Tat, in der die KPD. dazu überging, sich für die Republik einzusetzen, war die Republik für die Arbeiterschaft schon vollständig erledigt. Der große Fehler der KPD. ist immer der, daß sie nachträglich Lehren aus einer Situation zieht, und diese „Lehren" für die Zukunft anwendet. Sie wollte die republikanische Einstellung der Arbeiterschaft ausnutzen, machdem sie mit der antirepublikanischen, völkischen Verbindung Schiffbruch erlitten hatte. Inzwischen hatte aber die Republik bei der Arbeiterschaft vollkommen abgewirtschaftet. Man konnte keine Katze hinter dem Ofen mehr für die glor-

reiche Novemberrepublik hervorlocken. Jede Situation hat aber ihre eigene Logik. Aus der Geschichte kann man kein Schema herausanalysieren. Ein Wechsel der Parolen für die Republik, gegen die Republik, für die Rätediktatur muß, wenn man überhaupt taktisch seht will, wenigstens aus einer Beurteilung der gegenwärtigen Lage erfolgen. Wenn man mit der Parole „für die Republik" kämpft, kann man nicht erwarten, daß dieselbe Arbeiterschaft bereit ist, sich für die Rätediktatur einzusetzen. Daher ist die Weisheit der Zentrale: „die Mehrheit der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits Material nicht mehr gab und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen", wohl eine objektive Feststellung bezüglich des von der KPD. erfaßten Teils der Arbeiterschaft, aber es ist dabei verschwiegen, daß die Politik der KPD. selbst diese Einstellung verursacht hatte.

Die Beurteilung der objektiven Lage für die KPD., wie sie in den Thesen der Zentrale zum Ausdruck kommt, ist insofern richtig, als die KPD. infolge ihrer Einstellung nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft genoß, und sie zur revolutionären Kampfführung unfähig machte. Bei einer solchen Situation war es selbstverständlich falsch, zu einer revolutionären Offensive aufzurufen. Wenn man eine revolutionäre Situation totgeschlagen hat, kann man sie nicht durch Possen wieder lebendig machen. Wenn man Opportunist ist, kann man nicht über Nacht auf Kommando eine revolutionäre Bewegung entfachen, sondern höchstens einen Kampf inszenieren. Ein solches Beginnen muß natürlich mit einer Niederlage enden. Die Zentrale hat nur die Konsequenz aus ihrer Anschauung gezogen, wenn sie abgeblasen hat. Als Fehler kann man ihr nur angerechnet werden, daß sie es nicht rechtzeitig und nachdrücklich genug getan hat, weil es wirklich ein Verbrechen gegen die revolutionären Arbeiter war, in dieser Form einen Kampf zu beginnen. Man kann dabei vollkommen von der irrigen Auffassung über die Durchführung eines revolutionären Kampfes absehen, insbesondere von der absolut militaristischen Einstellung. Nur das Proletariat als Masse und nicht die Hundertschaften können den Entscheidungskampf führen. Hundertschaften sind nur eine militärische Spielerei, auf die gerade „die Schwerfälligkeit der organisatorischen Umstellung der Partei für den Bürgerkrieg zurückzuführen ist.

Die sogenannte Linke hält im Gegensatz zu der Zentrale die objektiven Verhältnisse im Oktober für reif zur Machtergreifung durch das Proletariat. Die Rolle erblickt sie in der wirtschaftlichen Situation, und den Auswirkungen dieser Situation auf das Proletariat. Sie unterschätzt aber, daß die von der KPD. seit Anfang des Jahres 1923 eingeschlagene Taktik geradezu die subjektiven Voraussetzungen vernichtet hat. Sie findet die Fehler nur in dem Verhalten der Zentrale im Oktober. Sie beweist damit allen, daß sie seit den Märztagen 1921 nichts hinzugelernt hat. Revolutionen lassen sich nicht vom Zaune brechen. Sie können nicht einfach kommandiert werden. Es ist dazu auch eine daraufhinzielende Arbeit unter der Arbeiterschaft erforderlich. Der Arbeiterschaft muß von vornherein eine klare revolutionäre Parole gegeben werden. Die Parolen, Einheitsfront des Proletariats, Arbeiterregierung, für die Republik, gegen die Republik für die Gewerkschaften, für den Hand- und Kopfarbeiterverband, für das Parlament, gegen das Parlament können nur zu einer Verblödung der Arbeiterschaft führen, die sie schließlich politisch indifferent machen muß. Sie wird immer wieder von dem ihr empfohlenen „Heilmittel" entäuscht und zweifelt schließlich überhaupt an der Revolution. Das Verlangen der Exekutive der Komintern im Oktober 1923, den Endkampf durchzuführen, kann unter diesen Umständen nicht als richtig bezeichnet werden. Es hätte vorhanden sein müssen, wenn die KPD. als Führerin der Revolution auftreten wollte. Es muß noch einmal ganz prinzipiell betont werden, daß bei dieser Untersuchung objektiv und subjektiv allein die Untersuchungen in Beziehung auf die KPD. zu geführt haben. Es handelt sich hierbei nicht darum, ob überhaupt eine revolutionäre Situation im Oktober 1923 war, sondern ob sie für die KPD. als eine solche anzusehen war. Nach unserer Ueberzeugung war im Oktober eine revolutionäre Situation, aber sie konnte nur von einer revolutionären Partei, die als solche fest im Proletariat fundiert war, ausgenutzt werden. Die KPD. mit ihrer konterrevolutionären Haltung und mit ihren

Kommunistische Arbeiter-Partei
Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Sonntag, den 10. Februar, 9 Uhr vormittags

Mitglieder-Versammlung

in Bökers Festsäle, Weberstr.

Tagesordnung: Bericht v. der Reichskonferenz und andere wichtige Tagesordnungspunkte

Pünktliches Erscheinen ist Pflicht,
da der Saal nur bis 12 Uhr zur Verfügung steht.

revolutionären Phrasen, durch die sie einen großen Teil der revolutionären Arbeiterschaft noch immer gefangen hält, war dazu nicht in der Lage. Erst die Erkenntnis von dem Charakter der KPD. und das Bekenntnis zur KAP. kann die Durchführung des Endkampfes ermöglichen. Die Niederlage der KPD. bildet die beste Unterlage zu einem Aufschwung der revolutionären Bewegung.

Die Linke erblickt die Ursache der Oktoberniederlage hauptsächlich in den Fehlern der Instanzen. Es ist die alte Leier, die wir so gut aus der Gewerkschaftspraxis der KPD. kennen. Nicht ein Systemwechsel, sondern ein Wechsel der Führung soll helfen. Es wird zwar die Einheitsfrontaktik, — das Bündnis mit der linken VSPD. — die Sachwerterfassung — die Arbeiterregierung und die gesamten Uebergangsforderungen verworfen, aber es wird nicht ausgesprochen, daß gerade wegen dieser Taktik eine Offensive für die KPD. eine Unmöglichkeit geworden ist. Die Linke steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß trotz der Fehler, die die Instanzen zum größten Teil auf Betreiben der Exekutive begangen haben, der Kampf hätte begonnen werden müssen. Dies ist ein unverzeihlicher Mangel an Logik, der dem Proletariat nur ungeheure Opfer gekostet hätte, ohne daß auch nur die „revolutionäre Tradition" der KPD. dadurch gewahrt worden wäre.

Die Revolution muß auch organisch aus der Vorhut des Proletariats herauswachsen. Sie kann nicht plötzlich und je nach Belieben aufgepfropft werden. Genau so gut wie die KPD. könnte auch die SPD. auf einmal den Anspruch erheben, revolutionäre Führerin des Proletariats zu sein — Opportunisten sind ein für allemal untauglich, die Fahne der Revolution aufzurollen, wenn sie auch den linken Flügel bilden. Wichtig für uns und die Arbeiterschaft sind nur die Feststellungen der Linken, daß die deutsche Arbeiterschaft zum großen Teil durch die Schuld der KPD. den Achtstundentag kampflos an die Unternehmer preisgegeben hat. Die Gegenmaßregeln bestehen insbesondere im Abrechnen mit den Revisionisten in den eigenen Reihen, im Bruch mit den Theoretikern und Praktikern der Zwischenstufen.

Sehr nett ist auch das Aktionsprogramm der Linken. Es wird zuerst Einstellung der Partei auf den Machtkampf und lebendige, konkrete unmittelbare Propaganda für die Diktatur des Proletariats, gleichzeitig aber Propaganda für das Sozialdemokratische Rettungsprogramm und Hetze gegen die großen Trusts und Konzerne, empfohlen. Die 30 oder 40 Schwerindustriellen sollen noch berühmter werden als Seeckt, Ludendorff und Hitler. Propaganda der Sozialisierung als Ausschaltung der Zwischenstufe, persönliche Hetze gegen einzelne Schwerindustrielle ist eine recht nette Mischung von kleinbürgerlicher Beschränktheit und Demagogie. Die Politisierung der Betriebsrätebewegung gehört ebenfalls zu den neuesten Errungenschaften, wie die Entfesselung von Kämpfen um den Achtstundentag, gegen die Sondergerichte usw. Die Anknüpfung der Zentrale an den Alltag soll überboten werden. Es gibt da anscheinend auch revolutionäre Nüancen.

Der eigene Standpunkt der KAP. ist bei der Kritik der beiden Richtungen schon scharf genug zum Ausdruck gekommen, so daß wir eine besondere Gegenüberstellung erübrigt. Die KAP. steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine revolutionäre Bewegung nur mit revolutionären Parolen begonnen und von revolutionären Parolen getragen werden kann. Dies bedeutet bei der augenblicklichen objektiven Lage des Kapitals, das sich immer noch in der Todeskrise befindet, direkten Kampf um die Eroberung der politischen Macht.

Peter Kropotkin

In dem am 8. Februar 1921 verstorbenen Peter Kropotkin ist einer der charakteristischsten und hervorragendsten Vertreter der alten russischen revolutionären Intelligenz dahingegangen, der gleich Bakunin aus einem russischen Adligen zu einem Führer des europäischen Anarchismus geworden ist, in vielen Hinsichten aber das direkte Gegentheil von Bakunin war.

Ein Aristokrat nach Geburt und Erziehung, hat er nach Beendigung seiner privilegierten Lehranstalt im Jahre 1862 nicht den ausgetretenen Weg der höfischen, militärischen, administrativen oder diplomatischen Karriere eingeschlagen, sondern begab sich freiwillig in den Dienst nach Sibirien, das ihn durch den Demokratismus seiner Lebenssitten und die Möglichkeit wissenschaftlicher Arbeit in wenig erforschten Gegenden anzog. Ein Zögling des Pagenkorps begeisterte er sich für die Naturwissenschaften ein Tribut an die Epoche der sechziger Jahre — besonders für die physikalische Geographie, in welcher er wichtige Entdeckungen machte und die für ihn später, ebenso wie für seinen Freund und Gesinnungsgenossen, den berühmten französischen Anarchisten E. Reclus, zur Liebingswissenschaft wurde.

Während Bakunin bei der deutschen idealistischen Philosophie anfing und erst später zum Materialismus kam, begann Kropotkin bei den Naturwissenschaften. Anderenseits hat aber Bakunin unter dem Einfluß von Marx sich auch die Grundlagen des historischen Materialismus zu eigen gemacht, während Kropotkin in einer Hinsicht sein ganzes Leben lang ein „Mann der sechziger Jahre" geblieben ist: er war ein typischer „Aufklärer", glaubte an die Macht der Vernunft, an die schöpferische Kraft der Wissenschaft. Aber es war ihm noch ein Zug eigen, durch den er sich von Bakunin unterschied und der ihn zugleich zu einem richtigen „Mann der siebziger Jahre", zu einem grellen Beispiel eines „neunzigen Adeligen" machte; während für Bakunin moralische Fragen keine große Rolle spielten, für ihn das Gesetzte nicht selten der Zweck die Mittel heiligte, war es der markanteste Charakterzug Kropotkins, von dem sich dieser sein ganzes Leben lang nellen ließ, ein hochentwickeltes Sittlichkeitsgefühl, das Gefühl der Pflicht. Schon nach seiner Rückkehr aus Sibirien, am Ende der sechziger Jahre, als seine wissenschaftlichen Arbeiten ihm einen europäischen Namen geschaffen hatten und sich vor ihm der verlockende Weg einer glanzvollen wissenschaftlichen Tätigkeit bot, schrieb er an sich, wie er selbst erzählt, folgende Frage: „Was für ein Recht hatte ich auf alle diese hohen Freuden, wenn rings um mich drückende Armut und ein qualvoller Kampf um ein Stück trockenes Brot herrscht? Wenn alles, was ich anstrebe, um in einer Welt hoher geistiger Bewegungen zu leben, unvermeidlich denen aus dem Munde gerissen werden muß, die für andere Weizen säen und die nicht genügend Roggenbrot für ihre eigenen Kinder haben?" Und Kropotkin reiste ins Ausland, wo er sich den bakuninistischen Flügel der „Internationale" anschloß und sich für sein ganzes Leben dessen anarchistische Ansichten zu eigen machte. Aber nach der Rückkehr nach Rußland im Jahre 1872 trat Kropotkin gerade in den Kreis Tschaikowskijs ein, (ein revolutionärer sozialistischer Studien- und Propagandakreis, der sich Anfang der siebziger Jahre in Petersburg um den Studenten Tschaikowskij gebildet hatte), der nach seiner eigenen Aeußerung „entstanden war aus dem Wunsche, den Netschajewschen Verschwörungs-Methoden entgegenzuwirken", d. h. sich hauptsächlich sittliche Aufgaben stellte, und das war es gerade, was Kropotkin am meisten anzog. Da er das Älteste, erfahrenste und gebildetste Mitglied des Zirkels war, so wurde er zu dessen Seele und tatsächlichem Führer. Zugleich begann er als einer der ersten unter den russischen Revolutionären sich in einem Zirkel von Petersburger Arbeitern zu betätigen, denen er von der Internationale erzählte. Nach seiner Verhaftung und der berühmten Flucht aus dem Gefängnis-Krankenhaus, emigrierte er endgültig nach Europa, wo für ihn eine neue und wichtigste Periode seiner Tätigkeit, als allgemein anerkannter Theoretiker und Propagandist des europäischen Anarchismus begann.

Aber auch an den Anarchismus trat Kropotkin in anderer Weise heran als Bakunin. Für Bakunin war das wichtigste am Anarchismus dessen negative zerstörende Seite, um die künftige Aufbauarbeit kümmerte er sich wenig. Kropotkin hingegen widmete dem künftigen Schöpfertum sehr viel Aufmerksamkeit, der freiwilligen Zusammenarbeit der Menschen in der von der Staatsmacht befreiten Gesellschaft. Die Elemente, die Keime dieser freiwilligen Zusammenarbeit sah er bereits in der heutigen Gesellschaft; er betrachtete gerade die gegenseitige Hilfe und nicht den Kampf als das Hauptgesetz der Gesellschaft und bewies das Vorhandensein desselben sogar in der Tierwelt. (Kropotkin: „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt.") Der Mensch ist von Natur gut, sagt Kropotkin, und wenn es ihm gelingen würde, sich von der Gewaltherrschaft des Staates zu befreien, so würde er sich in der besten Weise einrichten. Kropotkin sah also in der Gewalt und Zerstörung nur ein unvermeidliches Uebel und vermittelte mit Vorgängern aus den Tatsachen in der Entwicklung der zivilisierten Menschen, die seiner Meinung nach von dem friedlichen Fortschritt der anarchistischen und kommunistischen Ideen und Lebensformen zeugen. Er war nur gegen die russischen Anarchisten aus den Jahren 1905 bis 1908 gegenüber ablehnend, die bis zum „unmotivierten" Terror und bis zur „Individualexpropriation" gingen.

Trotz des historischen Idealismus und Utopismus Kropotkins, der ihn den großen Utopisten vom Anfang des 19. Jahrhunderts annäherte, trotz seiner anarchistischen Ideen und seiner ihnen entsprechenden Polemik gegen Sozialisten, wurden viele seiner Gedanken zu einem dauernden Besitz des revolutionären Sozialismus in seinem Kampfe gegen den Opportunismus (besonders in seinen Büchern: „Reden eines Aufrührers" und „Eroberung des Brotes"). Und seine „Geschichte der französischen Revolution" stellt mit ihrem geringen Umfange und ihrer verständlichen Darstellungsform einen außerordentlichen wissenschaftlichen Wert dar und wirft unerwartetes Licht auf viele Ereignisse der Revolution in der Gegenwart.

Eine außerordentlich interessante Entwicklung machte Kropotkin seit Beginn des Weltkrieges durch. Es schien, als hätte der Haß gegen Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie, indem er vollständig mit Bakunin übereinstimmte und der ein ganzes Leben lang hegte, ihn sowohl den Anarchismus als auch den Internationalismus vergessen lassen. Er wurde zu einem feurigen Patrioten eben jener „großen Demokratien" der Entente, die gerade als Anarchisten bekämpft und durch kräftig entlarvt hatte, wobei er alle Herrlichkeiten der französischen „Demokratie" am eigenen Leibe in Form von Verhaftungen, Verbannungen und langer Jahre Einzelhaft im Gefängnis zu spüren bekommen hatte. Ja weit mehr, aus dem russischen Exil-Kropotkin ist der russische Patriot zu sprechen zu beginnen, und seine berühmten Feuilletons in den „Russkija Wedomosti" haben mehr als einen Schwachen" vom revolutionär-sozialistischen Weg abgebracht. Kropotkin war bis zum Jahre 1917, nach 40 Jahren Emigration, in die Heimat zurückkehrt, schien er sich weder von Plechanow, noch von der Breschko-Breschowskaja zu unterscheiden, mit denen zusammen er in den von Kerenskij organisierten „Staatsrat" eingetreten war. Auch er war ein Gegner des Bolschewismus, des Bürgerkrieges, auch er schien für die Milderung des Klassenkampfes, für die Festigung der demokratischen Republik einzutreten. Man hätte meinen können, daß die 40 Jahre des Kampfes im Geiste des anarchistischen, internationalistischen nur eine zufällige Episode im Leben Kropotkins gewesen seien, und daß er das Schicksal so vieler ehemaliger revolutionärer Narodniki geteilt hat, die sich im Augenblick der größten Revolution als bleibtreigerische Durchsuchungen, „revolutionären" Gesangvereinen usw. mitmachen.

Diesen „aktiven Elementen" muß die KPD. nun etwas bieten. Daher die Liebe dieser Partei für alle liebevoll mit dem Sammelbegriff „revolutionär" oder „proletarisch" umfaßten Organisationen, daher auch jeder mißlungenen Aktion die Manier, den Fehler, der das Mißlingen verschuldete, auf organisatorischem Gebiet zu suchen. Ohne dieses Ventil würden (in legalen Zeiten) die Mitglieder, von dem Wunsch nach Aussprache getrieben, Untersuchungen über die schlechte Arbeit bei Seite stellen. Der Taktik bald machen würden, denn die Taktik einer Partei ist in letztlich nur ein Ausfluß ihrer prinzipiellen Einstellung. Eine Partei aber, die an Prinzipien aber würde die Partei sprengen, denn sie würde zerbrechen an der Kluft zwischen dem Spartakusbundes sich in der KPD. völlig verfluchtigt hat. So schieben sich die Debatte auf das organisatorische Gleis.

Dafür bot die Märzaktion ein typisches Beispiel. Nach der einestimmenden Kritik Levis gelang es der Zentrale, nicht nur die „Leviten", sondern jede prinzipielle Kritik an ihrem zwischen Quintismus und Putschismus schwankenden Verhalten zu überwinden durch die „Verbreiterung der organisatorischen Basis" in den „Zehnergruppen". Es wurde kräftigst um- und durchorganisiert, die Unzufriedenheit der „aktiven Elemente" wurde damit abgefangen — und im übrigen wurden die „bewährten Prinzipien" der Beteiligung an allen, auch der konterrevolutionären Institutionen beibehalten — vom Reichstag bis zu den Gewerkschaften, von den Konsumvereinen bis zu den Laubenkolonistenvereinen (Fraktion „rote Schipper"). Und das Prinzip dieser Gschaftelhuberei wurde seitdem weiter gründlich ausgebaut.

Jetzt steht die KPD. in einer ähnlichen Situation wie nach den Märztagen. Und das Resumé, das sie zieht, ist das gleiche.

Politische Rundschau

KPD.-Leitung

Die KPD.-Leitung hat mit dem Verbot der Partei wirklich mehr Glück wie Verstand — wobei Uebelwollende freilich sagen können, daß, um die Quantität des in der KPD. vertretenen Verstandes zu übertreffen, sogar etwas weniger Glück hingereicht hätte. Im Schutze der Illegalität kann sie jetzt sich vor ihrer Anhängern als der „sichere Hort der Revolution" gebärden, als die ideale revolutionäre Partei, die aus den Fehlern der jüngstvergangenen Tage lernend, nunmehr vor den revolutionären Konsequenzen nicht zurückschreckte und sogar dem ??? KAD.-Geist (d. h. dem, was man in der KPD. dafür hält, nunmehr „weitgehende" Zugeständnisse macht.

Die Blamage dieser Herbsttage, war auch zu gründlich. Und schließlich mehrten sich sogar in dem, ach, sonst so treuen Funktionärkörper die Stimmen, die kategorisch verlangten: „Es muß anders werden!" — Und da kam das Verbot. Das war ein Glück für den weiteren Bestand der KPD., denn damit erschien den aktiven ihrer Mitglieder, die sich furchtbar interessant verboten vorkamen, erwiesen, daß ihrer Partei doch, trotz allem Opportunismus der Zentrale, eine gefährliche revolutionäre Stoßkraft innewohne; und sie kamen sich als nochmal so gute Revolutionäre vor, in Wahrheit sind sie aber alle nur Revolvuzzer. Was ist da für ein Unterschied?

Revolutionär ist jener, der aus der Erkenntnis seiner Klassenlage der Revolution mit jedem seiner Gedanken dient, dessen revolutionäres Wollen sich jeder Situation bedient, um die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Revolution seinen Klassengenossen zu vermitteln; der auch in einer Kampfhandlung, wenn es sein muß, gar nur ein Nomo stangefecht der letzten entscheidenden Schlacht ist, seinen Mann steht; und dessen revolutionäre Kritik weder vor den Schranken des Staates, noch der Familie, noch den eigenen Ich halt macht.

Das ist der Typus eines Revolutionärs.

Sein Gegenstück ist der Revolvuzzer. Er ist Hans Dampf in allen Gassen. Ihn beseelt vor allem der Wunsch, aktiv zu sein — über die Auswirkungen seiner Aktivität macht er sich weniger Kopfschmerzen. Da das dem innerwohnende Prinzip immer wieder zu Tage kommt, daß er nicht vom theoretischer Erkenntnis gestützt wird, „läuft er jedem Kalbfell nach," vorausgesetzt, daß die Trommel rot dekoriert ist. — Aus diesen Revolvuzzern nun rekrutieren sich die „aktiven Anhänger der KPD., diese Typen der „guten Genossen", die stets bereit sind, sich in irgend einer Funktion ihr letztes Paar Stiefelabsätze schief zu laufen, und denen der Begriff der Partei und des Parteidienstes längst den Begriff der Revolution überdeckt. Die Höhe des Gefühls bedeutet es für diese rabiat gewordenen Kleinbürger, wenn die Partei ihnen gestattet, Revolution zu spielen. Daher der Erfolg der „Hundertschaften"-Idee. Sie wollen alle nicht der Revolution dienen, sondern die Revolution „machen", wie sie ja auch so gern bei Demonstrationen, „revolutionären" Gesangvereinen usw. mitmachen.

Das ist das Futter für die Parteigläubigen. Kämpfe für und gegen ein Sammelsurium von Forderungen, deren eine der anderen widerspricht (für Friedensreallöhne — gegen Goldmieten) und deren Verwirklichung, die ja freilich in das Gebiet der frommen Wünsche gehört, eine wirtschaftliche fata morgana ist, in jeder Weise konterrevolutionär wirken würde. Dazu dann das Liebeswerben um neue „aktive Elemente", die man bei den Deutschvölkischen bis zu den Reichswehrtöchtern findet. — Vor Jahren sind schon einige Genossen der KPD. bei diesem Versuch einer Allianz gründlich hereingefallen — was nicht hindert, daß man jetzt diesen Versuch an anderen Schlachtbänken zu wiederholen gedenkt. Darum wendet man sich in einem von „Kultur" strotzenden „sozialrevolutionären" veröffentlichten Agitationsbrief an die Offiziere, und sucht sie zum Eintreten für die Kommunistische, als die nationalste der Parteien zu bewegen. Revolution mit Landsknechten! Eine echte KPD.-Erfindung! Und in diesem Geist wird das ganze Gebäude eines Ratesystem als ein „preußischer Gedanke" gepriesen. Das ist nicht mal uncht. Freilich nicht für den revolutionären Rätegedanken, sondern für das, was Rußland daraus gemacht hat, und die Widerschein der deutschen „sozialistischen Betriebsräte" „der auf den Gesetzen der Auslese, der Mitverantwortung, der Kollegialität" beruht," kann man gut das schmückende Beiwort „preußisch" gebrauchen.

Und so ist elegant die Brücke von Moskau nach Potsdam geschlagen. Jetzt sind beide Teile für einander bündnisfähig und -würdig.

Wieder wird „unorganisiert". Diesmal ist das Zaubermittel, das aus der opportunistischen Kloake der KPD. den revolutionären Geist herausdestillieren soll, die „Betriebszelle". „Unorganisieren und die Partei auf die Basis der Betriebszelle stellen" — es klingt, dem Worte nach, ganz verwandt mit unserer Forderung „Betriebsorganisation". Nur, daß der Wesensinhalt recht verschieden ist. Denn der KPD. ist die „Betriebszelle" nur die Schwesterorganisation der bisherigen „kommunistischen Betriebsraktionen". Der ganze Budenzauber der „gesetzlichen Betriebsräte" wird beibehalten, und die Neuwahl der Betriebsräte im Frühjahr soll „politisch ausgenützt werden". Vom Standpunkt einer revolutionären Partei könnte das freilich nur durch Sabotage dieser Wahlen, die eines der niederträchtigsten Feigenblätter der kapitalistischen Diktatur darstellen, geschehen. So ist es aber von der KPD. nicht gemeint. Denn in dem Artikel von Oskar Rhenanus in Nr. 8 der „Fahne der Revolution" werden gleich anschließend auch die Kontrollausschüsse als passendes Betätigungsfeld der KPD.-Aktivität genannt. Die Rationisierung des Profites — unter der Marke „Kampf gegen den Wucher" ist also auch eine der dringendsten Aufgaben der KPD., die nach O. R.'s Meinung vor neuen Kämpfen in Deutschland" steht. Die Einstellung auf den Endkampf „mit der Knarre und der Handgranate" ist und war, nach seiner Meinung, der größte Fehler der Mitglieder der KPD. — Es sei hier gern zugegeben, daß die „Einstellung auf den Endkampf" in der bei den Hundertschaften beliebten Form des Putschs unzweckmäßig und verderblich ist für das Proletariat bedeutet. Wenn aber ein anderes Mitglied der KPD.-Lichter in der gleichen Zeitung meint, daß die Partei nun nach der „Alles-oder-Nichts"-Einstellung nunmehr auch die Trompete der „Gewerkschaftlichen Tätigkeit" hervorholen und sich auf Entlarvungsarbeit in den Parlamenten usw. konzentrieren müsse — da sieht doch aus der revolutionären Löwenhaut der Illegalität ein bedenklich großes graues Ohr des alten reformistischen Parteiesels hervor. Und auch das traute, gewohnte Geschrei nicht fehle, ruft das Direktorium der KPD. auf der gleichen Seite zum Kampfe:

„Gegen die Kapitalsoffensive, gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, gegen jeden Lohnabbau, für Friedensreallöhne, gegen die Besteuerung der Arbeiter, gegen die Arbeiter in den Betrieben, gegen die Ausschaltung der Gewerkschaften, für Lohnkämpfen, gegen die Beschlagnahme der Erwerbslosenunterstützung, gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen, für die Wiederaufnahme der Produktion, gegen die Wiedereinrichtung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, gegen die menschenwürdige Entschädigung der Erwerbslosen, gegen neue Steuerlasten, gegen die Goldanleihe, gegen den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung der Bahnbediensteten und deren Abbau, für eine Besserstellung der Landarbeiter, gegen die brutale Verelendung der kleinbäuerlichen Schichten auf dem Lande, für deren Schutz und Sicherstellung."

Es ist ganz das alte melodische Geschrei. Und deshalb hätte dieser Esel es gar nicht, wie Schnock, der Schreiner, nötig, zu erklären, daß er kein Löwe sei — seine Stimme wird uns in allen Tiraden schon von seiner Eselhaftigkeit überzeugen. Es ist bald nicht schade um die, die noch auf den Leim kriechen.

Das ist das Futter für die Parteigläubigen. Kämpfe für und gegen ein Sammelsurium von Forderungen, deren eine der anderen widerspricht (für Friedensreallöhne — gegen Goldmieten) und deren Verwirklichung, die ja freilich in das Gebiet der frommen Wünsche gehört, eine wirtschaftliche fata morgana ist, in jeder Weise konterrevolutionär wirken würde. Dazu dann das Liebeswerben um neue „aktive Elemente", die man bei den Deutschvölkischen bis zu den Reichswehrtöchtern findet. — Vor Jahren sind schon einige Genossen der KPD. bei diesem Versuch einer Allianz gründlich hereingefallen — was nicht hindert, daß man jetzt diesen Versuch an anderen Schlachtbänken zu wiederholen gedenkt. Darum wendet man sich in einem von „Kultur" strotzenden „sozialrevolutionären" veröffentlichten Agitationsbrief an die Offiziere, und sucht sie zum Eintreten für die Kommunistische, als die nationalste der Parteien zu bewegen. Revolution mit Landsknechten! Eine echte KPD.-Erfindung! Und in diesem Geist wird das ganze Gebäude eines Ratesystem als ein „preußischer Gedanke" gepriesen. Das ist nicht mal uncht. Freilich nicht für den revolutionären Rätegedanken, sondern für das, was Rußland daraus gemacht hat, und die Widerschein der deutschen „sozialistischen Betriebsräte" „der auf den Gesetzen der Auslese, der Mitverantwortung, der Kollegialität" beruht," kann man gut das schmückende Beiwort „preußisch" gebrauchen.

Und so ist elegant die Brücke von Moskau nach Potsdam geschlagen. Jetzt sind beide Teile für einander bündnisfähig und -würdig.

Die Reichskonferenz

3. Februar 1924

Auf der am Sonntag stattgefundenen Tagung der AAU. und KAPD. waren folgende Wirtschaftsbezirke vertreten: Berlin-Brandenburg durch einen Vertreter der KAP. und AAU. — Mitteldeutschland durch einen Vertreter der KAP. — Wasserkante durch je einen Vertreter — Niedersachsen durch einen Vertreter der KAP. — Sachsen-Anhalt durch einen Vertreter der KAP. und einen Vertreter der KAJ. — Südwest durch einen Vertreter der KAP. — Thüringen durch je einen Vertreter — und Rheinland-Westfalen durch einen Vertreter der KAJ. — KAP. und AAU. Rheinland-Westfalens fehlte.

Außerdem waren noch anwesend:

Der Hauptausschuß der Partei — der Arbeitsausschuß der Partei Deutschlands — Vasse der Partei — Reichsarbeitsausschuß der Union — Arbeitsausschuß der Union Berlin — Presse der Union — Reichsarbeitsausschuß der Jugend und die VRUK.

Die Tagesordnung setzte sich aus folgenden Punkten zusammen:

1. Politische und wirtschaftliche Lage.
2. Berichte aus den Bezirken.
3. Organisatorisches.
4. Zukünftige Propaganda und Agitation.
5. Verschiedenes.

Das Referat über die politische und wirtschaftliche Lage wird veröffentlicht so daß die Genossen eine Richtschnur für ihre fernere Tätigkeit haben. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Druck des Kapitals aufs Proletariat noch viel stärker werden muß, auf Grund des fortgeschrittenen Verfalls der kapitalistischen Waren- und Profitordnung. Auch war sich die Konferenz einig in der sich aus der Analyse ergebenden revolutionären Taktik.

Bei den Berichten ergab sich, was wir schon im „Proletarier" Nr. 9 bemerkten, daß die Organisationen sich im Reich nicht gestärkt haben, sondern noch ein ungeheures Feld zu bearbeiten ist. Das revolutionäre Proletariat noch viel stärker werden muß, auf Grund des fortgeschrittenen Verfalls der kapitalistischen Waren- und Profitordnung. Auch war sich die Konferenz einig in der sich aus der Analyse ergebenden revolutionären Taktik.

Bei den Berichten ergab sich, was wir schon im „Proletarier" Nr. 9 bemerkten, daß die Organisationen sich im Reich nicht gestärkt haben, sondern noch ein ungeheures Feld zu bearbeiten ist. Das revolutionäre Proletariat noch viel stärker werden muß, auf Grund des fortgeschrittenen Verfalls der kapitalistischen Waren- und Profitordnung. Auch war sich die Konferenz einig in der sich aus der Analyse ergebenden revolutionären Taktik.

Die gegenwärtige politische und wirtschaftl. Lage Deutschlands *)

Die heutige wirtschaftliche und politische Lage ist eine äußerst komplizierte, wenn man die Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung analysieren will. Wer jedoch tiefer in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung einzudringen vermag, wird aus ihren Aeußerungen und Reflexwirkungen die einzelnen Zusammenhänge und grundlegenden Tendenzen leicht erkennen. Auf dem letzten Parteitag der KAPD. im September vorigen Jahres wurde das Fazit gezogen aus den Auswirkungen des Ruhrkrieges. Man kam zu dem Resultat, daß diese Auswirkungen des Ruhrkrieges zu einer Explosion führen müßte, eine Explosion, die durch die wirtschaftlichen- und Inflationsauswüchse bedingt war und die die Kapitalistenklasse vor die Aufgabe stellen würde, mit brutaler Gewalt und Zynismus diese Alternative zu stellen: entweder letzt endgültig Schluß zu machen mit aller bisherigen Arbeitsgemeinschaftspolitik oder ihren eigenen Bankrott anmelden.

Dies ist also das charakteristische der heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage, daß die kapitalistische Klasse letzt gewillt ist, endgültig das Fazit aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zu ziehen und darüber hinaus auch aus dem Ruhrkrieg. Die Inflationspolitik, die durch den Ruhrkrieg hervorgerufen wurde, hatte infolge des Ruhrkrieges einen Höhepunkt erreicht, daß der Umlauf der Zahlungsmittel, die Organisation der Verteilung der Waren derart erschüttert wurde, daß eine sehr starke Krise eintrat und eine Möglichkeit der Verwertung mit Hilfe dieses Geldes in Frage gestellt wurde. Der Ruhrkrieg hat weiter bewirkt, daß die Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkte auf einer gewissen Stufe der Entwicklung in eine Produktionskrisis selbst umschlug und die Krise, die sich vorbereitete, in einem ungeheuren Lohnabzug, Raubbau an der Arbeitskraft und Ausverkauf äußerte, in eine akute Produktionskrisis umgeschlagen ist. Und mit dieser Produktionskrise die Notwendigkeit verbanden war, den Versuch zu machen, die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland auf einer neuen Basis aufzubauen.

Die Methoden, die die kapitalistische Wirtschaft dazu anwendet, sind ihr vorgeschrieben. Das deutsche Kapital führte den Ruhrkrieg nicht um der Reichsehre willen und um der Demokratie willen, sondern weil es politisch alle Reserven aufgesaugt hatte, die Reparationen und Sachlieferungen von seiner Republik infolge des finanziellen Bankrotts derselben, nicht mehr finanziert, und es anderseits aus der deutschen demokratischen Republik sämtliche Goldwerte in seine Kassenschränke gepumpt hatte, so mußte das deutsche Kapital versuchen, diese angehäufte Kapitalkraft nach außen hin nutzbringend anzulegen. Das war die Tendenz des Ruhrkrieges: der Versuch, bei seinem Beginn die Arbeiterklasse vor seinen Wagen zu spannen unter dem Deckmantel der Erhaltung der Reichseinheit und der Arbeiterbewegung. Während das deutsche Kapital nur seinen Profit, nur die Einreihung in die französische Wirtschaft unter ihm günstigen Bedingungen im Auge hatte, entstand für die Republik der Zwang, diesen Krieg auf Gedeih und Verderb mitzumachen. Dieser Versuch mußte scheitern. Der Krieg selbst in seinen Konsequenzen und Auswirkungen schlug eine ganz bestimmte neue Situation. Als auf der einen Seite das deutsche Kapital hauptsächlich in Rheinland-Westfalen sich zusammengeschlossen hatte und auf der anderen Seite die demokratische Republik völlig zerbrochen war, der Versuch unternommen werden, nun eine bestimmte, wenn auch noch so schwache Basis zu finden, auf der man aufbauen konnte und auf der es möglich war, die im deutschen Volke schlummernden Kräfte für die weiteren Profitmöglichkeiten des Kapitals zu verwenden. Es trat der Zwang ein, mit der Papiergeldwirtschaft Schluß zu machen und in bezug auf die weiteren finanziellen Entwicklungsmöglichkeiten alle diese Dinge, die einer bestimmten stabilen Basis im Wege standen, zu beseitigen. Während der Inflationsperiode war die rein technische Herstellung von Zahlungsmitteln die technische Bewältigung und der Ueberblick über die Herstellung von Zahlungsmitteln die einzige Wirtschaftspolitik der deutschen demokratischen Republik. Wenn man sah, wieviel Nullen man aufdrucken konnte, so war man schon zufrieden. Diese Entwicklung hatte jedoch einen Grad erreicht, daß die Uebersicht über die rein technische Höhe der herauszugebenden Noten schwierig und diese wertlos wurden. Es trat ein großer Umschlag ein, ein völliges Chaos und eine starke Nervosität in der Arbeiterschaft.

Man mußte versuchen, aus diesem Chaos heraus den bestimmten Punkt zu finden, auf dem man aufbauen und anknüpfen konnte. Dieser Punkt ist kurz umschrieben der, daß man die Menge der an die Arbeiterschaft zu verteilenden Zahlungsmitteln in ein bestimmtes Verhältnis bringen mußte zu den augenblicklich zur Verfügung stehenden Warenmengen.

(Fortsetzung des Berichts der politischen Lage Deutschlands.)

dieser scheinbar stabilen Währung von der anderen Seite einsetzt, ist in der dialektischen Wechselwirkung der kapitalistischen Krise selbst ein Faktor zur Stabilisierung dieser deutschen Rentenmark; denn die deutschen Agrarier sind nun gezwungen, ihrerseits bei Strafe des Verlustes die Produkte möglichst rasch abzustoßen. Sie sind dazu gezwungen, infolge der ungeheueren Kapitalknappheit, wenigstens, noch zu einigermaßen annehmbaren Preisen, ihre vorhandene Produktionserzeugnisse zu verkaufen. Während früher im Papiergeldumlauf eine Krise dadurch herbeigeführt worden ist, daß der Verkauf zu Papiermark bedeutete, daß man die Produktion verschenkte, ist heute für die Landwirtschaft der Zwang des Verkaufs deswegen gegeben, weil sie ihrerseits bestimmte finanzielle Verpflichtungen hat in bezug auf Aufrechterhaltung ihrer Produktion und weil sie sonst Gefahr läuft, daß weitere Finanzzögerung mit Verlust verbunden ist. So ist ein gewisser starker Zustrom landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf den Markt zu verstehen.

Ist das eine Gesundung oder eine Auswirkung dieser Krise? Bei näherem Zusehen erweist sich, daß das deutsche landwirtliche Kapital durch die Steuermaßnahmen der Regierung ziemlich stark belastet werden soll, und daß dieser Staatshaushalt noch einen sehr starken Aktivposten auf dem Papier erhält durch die von Industrie und Landwirtschaft einzutreibenden Steuersummen. Der Reichswirtschaftsminister und der Finanzminister haben erklärt, daß dieses Manko sich jetzt als fehlend herausstellt, weil man damit gerechnet hat, daß bis zum heutigen Tage ein großer Teil der Produktion in Gang gebracht und mit Steuern belegt werden könnte. Nur in Gang gebrachte Betriebe kann man besteuern. Durch diese steuerliche Belastung entsteht tatsächlich für die kleineren Besitzer der Zwang, nun ihre Mittel zu veräußern, um diese Steuern aufzubringen. So sehen wir, daß durch diese Lage des deutschen Kapitals vorderhand in dieser Wechselwirkung sich ein innerer Ausverkauf zeigt, der seine Grenzen darin finden wird, daß zwar auf einer bestimmten Stufe die hergestellten Produktionsmengen auf den inneren Markt geworfen und abgestoßen werden, aber die Möglichkeiten einer Reproduktion, einer erneuten Herstellung und Verbesserung der Produktionsmittel in diesem Sinne infolge der fehlenden Kapitalknappheit nicht gegeben sind. Der Versuch, die Rentenmark zu halten, wird in dem Augenblick scheitern, wo das deutsche Kapital gezwungen ist, nun seinerseits den Versuch zu unternehmen, bei der Beendigung des inneren Ausverkaufs von außen diese Nahrungsmittel wieder einzuführen. Dann wird sich zeigen, daß das deutsche Kapital als eine wirtschaftliche Macht angesehen auf einer bestimmten Produktionsbasis die Einfuhr und die Ausfuhr in dem erforderlichen Maße kalkulieren und versuchen muß, für die Ernährung seiner Sklaven diese Nahrung zu schaffen, wozu eine finanzielle Kraft nicht ausreicht. Dann wird die Katastrophe in finanzwirtschaftlicher Beziehung mit aller Kraft einsetzen.

Verirrt – Verkommen

Als im Jahre 1921 sich die Trennung von den Geistern notwendig machte, die unter Rühles und Plemferts Protektorat sich den Namen AAU. — Einheitsorganisation beilegten, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß der nach ihrer Meinung so enge Parteikäfig der KAPD. gesprengt werden müßte, da sagten die Genossen der KAPD. den Proletariern, die diesen „Hirten" nachliefen, daß der Weg der Einheitsorganisation in den Sumpf des Syndikalismus enden und zur Schöngeisterei führen würde, und daß dies mit Klassenkampf genau soviel zu tun hat, wie Wilhelms des Gottbegnadeten Reise nach Holland mit Heidentum.

Der damals begangene geschichtliche Irrtum, der nur daraus zu erklären ist, weil sie die dialektische Denkweise, die uns als schneidigste Waffe im Klassenkampf durch Marx und Engels im historischen Materialismus überliefert wurden, verleugnet hatten, hat sie von Irrtum zu Irrtum geführt, so daß sie jetzt als faulender, stinkender Kadaver auf dem Brachfeld der Geschichte liegen.

Folgendes Flugblatt redet für jeden revolutionären Proletarier eine so klare Sprache, daß jeglicher Kommentar sich erübrigt.

Wir lassen es ganz folgen:

Werte Genossen!

Da durch den finanziellen Zusammenbruch unserer Zeitung „Die Revolution" gleichzeitig ein Klärungsprozeß innerhalb unserer Mitarbeiter, der Presse- und Arbeitskommission, stattfand, so treten wir heute, als die Jüngeren, übrig gebliebenen Kräfte, mit folgenden Gedanken und Fragen an Euch heran:

Unsere jetzige praktische Arbeit sind Kunst- und Vortragsabende, später auch Theaterabende. Die, allerdings kleinen, Einnahmen verwenden wir zum Ausbau derselben und zum Pressefonds für eine neue Zeitung.

In einer Massenauflage wird die Zeitung nicht erscheinen! Es kommt uns heute darauf an, da wir ja teilweise den Zusammenbruch der Gesellschaft, sei es auf wirtschaftlichem, politischem oder kulturellem Gebiet schon erleben, die neue Zeitung zu einem Sammelbecken für die energischsten und selbstbewußten Menschen auszubauen, damit diese erst an sich selbst arbeiten, den Verhältnissen besser standhalten und ihre Kraft nicht einzeln nutzlos vergeuden.

Die Zeitung würde den Namen „Zeugung" oder „Neuschöpfung" tragen. Welcher Name erscheint Euch der Geeignetste?

Erscheinen würde sie ganz zwanglos, dem vorhandenen Stoff Rechnung tragend, vielleicht alle 4 Wochen. Sie würde demzufolge 10—16 Seiten umfassen und geheftet erscheinen.

Das Arbeitsfeld soll vielseitiger werden als zuvor bei der „Revolution". Wir wollen darin alles, sei es Kultur, Kunst und Wissenschaft, Ernährung, Literatur usw. verarbeiten. Alles, was für die „Neuschöpfung" der Menschheit in Frage kommt.

Vermeiden wollen wir allen Stoff, der sich innerhalb einer kurzen Zeit überlebt, darunter fallen auch kleinliche Partei- und ähnliche Kritiken.

Wie stellt ihr Euch nun dazu?

Wollt ihr diese Zeitung unterstützen, so sendet Gelder für den Pressefonds: wenn ihr es wünscht, werden Euch auch solche gutgeschrieben.

Sendet aber auch geistigen Stoff, das Arbeitsfeld ist größer als zuvor, tragt also auch für die geistigen Bedürfnisse auf allen Gebieten mit bei. Ebenso könnt ihr beitragen für geistiges Material der Kunst- und Vortrags- und Theaterabende.

Alle Zusendungen sind an Kurt Fehrmann, Heidenau-S., Hauptstraße 43, zu senden.

Gelder auf Postscheckkonto: Amt Dresden Nr. 24 226, K. Fehrmann.

Allen Anfragen bitten wir Rückporto beizulegen.

Kulturgemeinschaft der Selbstbewußten.

Planmäßiges Vorgehen

Der Ostpreußische Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe hatte auf Grund der Arbeitszeitverordnung sämtliche Tarifverträge für den 2. Februar gekündigt und von den Gewerkschaften die Ausdehnung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden gefordert. Die Verhandlungen blieben ergebnislos, infolge eines am 17. Dezember 1923 gefaßten Beschlusses, wie der Arbeitgeberverband mitteilt, für den 5. Februar die Aussperrung ausgesprochen wurde.

Ausland

Ein Urteil über die Politik der englischen Arbeiterregierung

Es ist interessant, festzustellen, wie die englische „Arbeiterregierung" von Königs und Kapitals Gnaden aussieht und von der linksstehenden englischen Arbeiterpresse beurteilt wird.

Diese parlamentarische Arbeiterregierung umaßt: 1. Den König; 2. das königliche Geheimkabinett; 3. den Premierminister, der dem König den Treueid leisten und den zeremoniellen Handkuß geben muß (wie es Ramsay Macdonald getan hat); 4. das vom Premierminister erwählte Kabinett; 5. die verschiedenen Regierungsabteilungen wie Ministerium des Krieges, der Admiralität, Post, Auswärtiges Amt usw.; 6. das Unterhaus (House of Commons); 7. das Oberhaus (House of Lords) als gesetzgebende Körperschaft und als Gerichtshof; 8. den gesamten behördlichen Verwaltungsapparat bis herab zu den Gemeinden. Ein sehr kompliziertes System, das teilweise nur der Repräsentation dient. Hierbei hat die besitzlose Klasse der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, nur Anteil durch die Wahlen zum Unterhaus und zu den Gemeindeparlamenten.

An alle Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen!

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Programm und Organisations-Statut der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Das sehr sauber auf holzfreiem Papier gedruckte und ausgestattete Buch ist eine wahre Fundgrube für jeden Genossen. Alle Genossen werden seit langem auf dieses Buch warten. Es gibt nur ein Urteil:

Jeder Genosse muß das Programm der KAPD. lesen und für weiteste Verbreitung sorgen!

Der Preis beträgt 1,— Goldmark.

Versand nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages durch den

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Das kommunistische Gewerkschaftsblatt „The Worker" (Der Arbeiter) in Glasgow übt folgende Kritik an dieser „Arbeiterregierung". Die vollständigste Darlegung, die wir an Versplittung der „Arbeiterpolitik" in der Albert-Halle in der Macdonald seine Politik aufzeigte, erlebt haben, bildete die von Massingham: „Selbst wenn sich jemand eingebildet haben könnte, daß die Zuhörer und Redner wie durch ein Wunder sich in Liberale verwandelten, hätten die erhaltenen Lehren und Darlegungen auf den düsteren Altar des Liberalismus kaum solch eine helle Flamme entfacht, wie sie bei den jungen Leuten von der festen Überzeugung der Arbeiterparteipolitik entstand." Dann weiter wird festgestellt, daß sich die Reden sehr vom Klassenkampfgedanken fernhielten und ihn dadurch preisgaben." Diese Auslegungen sind völlig richtig. Die Rede Macdonalds liest sich überhaupt nicht wie die Rede eines Sozialisten oder eines Führers der Arbeiterklasse. Sie ist einfach eine liberale Rede im besten Sinne von Lloyd George. „Sie schlug einen tiefen religiösen Ton an" — wie es Lloyd George mit seiner demagogischen Sprechweise tut. Wir sind der Ansicht ganz sonnig, einem Manne gegenüber, der entweder in der Politik oder im Geschäftsleben, scheinbar seine Religion zur Schau trägt, sehr mißtrauisch zu sein. Wir fühlen, daß die Religion ein Deckmantel ist, mit dem wir hinters Licht geführt und beschwindelt werden sollen. Was — die Versammlung in der Albert-Halle brauchte, war nicht eine „tiefe religiöse Note," sondern eine klare politische Feststellung, die sie sicherlich nicht bekommen hat. Macdonald deutete an, daß er sich mit den Fragen des Völkerfriedens, der Anerkennung Sowjetrußlands, des Wohnungsbaus und der Arbeitslosigkeit befassen würde. Das war alles. Er kündigte auch an, daß der Staatshaushalt, den die Labour Party (Arbeiterpartei) übernehmen würde, bankrott wäre und daß man nicht zuviel erwarten müßte.

Nur eins war klar in seiner Rede, nämlich, daß Macdonald beabsichtigt, solange wie möglich auf seinem Posten zu verbleiben. — Es ist nicht die Frage, zu versuchen, eine oder zwei wichtige Maßnahmen durchzudrücken, um der Not der Arbeiter in der gegenwärtigen Lage zu begegnen und, falls diese durchkreuzt werden, sich mit einem Appell an das ganze Volk zu wenden. Das ist unverkennbar die Politik, die es der liberalen Partei erlaubt, eine Maßnahme nach der andern, ohne Appell an die Wählerschaft zu verstimmeln. Oder soll vielleicht die verhängnisvolle Politik der Vereinbarungen und Abkommen über die zu ergreifenden Maßnahmen zwischen der Arbeiterpartei und der liberalen Partei verfolgt werden? Auf jeden Fall kommen wir zu der Koalition der liberalen mit der Arbeiterpartei in verstärkter Stärke zurück. Unter solchen Umständen zieht man darauf ab, die Linien zwischen der liberalen und Arbeiterpolitik zu verwischen. Der Liberalismus wird dadurch zu neuem Leben erweckt, während die Labour Party durch innere Zersetzung zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein wird.

Sogar im „New Statesman" (englische liberale Zeitschrift) ist darauf hingewiesen worden, daß die Labour Party eine größere natürliche Ähnlichkeit mit dem Liberalismus habe wie der Liberalismus mit der Politik der Konservativen (Torysm). Das kann nur bei Leuten vorkommen, die die Grenzen und Abtrennungen des Klassenkampfes in der Politik vergessen. Wir unsererseits betrachten die Labour Party als eine Partei, die sich auf der Arbeiterbewegung aufbaut, wohingegen sowohl die liberale wie die konservative (Tory) Partei nur zwei verschiedene Formen des herrschenden kapitalistischen Systems bilden. Die liberale Partei wird nie anders als kapitalistische Interessen vertreten, und in dem Maße, wie eine Labour Party für längere Zeit mit dem Liberalismus in Arbeitsgemeinschaft tritt, in demselben Maße übt sie Verrat an der Arbeiterklasse.

Was kann also die Labour Party tun? Bekanntlich ist die Arbeiterregierung eine Minderheitsregierung und kann nicht viel ausführen. Eine Arbeiterregierung kann nicht Wunder verrichten, um die Arbeiterklasse vorwärts zu treiben, aber sie kann grobe Fehler begehen, die die Arbeiterbewegung schwächen. Aber das hängt von grundlegenden Gesichtspunkten ab. Entweder ist die Labour Party dazu da, den liberalen fortschrittlichen Gedanken einer Schwächung der Parteibindungen im Parlament fortzusetzen und eine Einigung aller fortschrittlichen Kräfte anzustreben, oder sie geht darauf aus, an der Auffassung festzuhalten, daß keine kapitalistische Partei, wenigstens von all den Parteien, die Großbritannien während des imperialistischen Krieges regierten, eine fortschrittliche Kraft ist, und dann ist es Aufgabe der Labour Party die beiden kapitalistischen Parteien in ein Lager zusammenzubringen!

Die gesamte Lage wird durch die heranstehenden Arbeiterunruhen, die sich in Forderungen nach Lohnerhöhung ausdrücken, sehr kompliziert. Die Arbeiter sind bereit zu kämpfen — gegen wen? Ganz gewiß gegen die Industriekapitalisten, die hinter der liberalen Partei stehen. Wenn es möglich sein wird, daß sich die Arbeiterunruhen auswirken, wird es sicherlich einen ironischen Anblick gewähren, wenn man sieht, wie die Trade Unions (die englischen Gewerkschaften) die Labour Party beim Kampfe gegen die liberalen Unternehmer unterstützen, während die Partei, die sie aufgebaut haben, sich mit den liberalen Unternehmervertretern und ihren Lakaien im Unterhause verbindet. Wir meinen wohlweislich, wenn sich die Arbeiterunruhen entwickeln können, weil zweifellos der Versuch gemacht werden wird, die Arbeiterunruhen im Interesse der Arbeiterregierung zu unterdrücken. Aber da die Arbeiterregierung wohl im Amte, nicht im Besitz der Macht ist, so kann jede Unterdrückung der Arbeiterunruhen nur dem Teil der Bevölkerung nützen, der gegenwärtig im Besitze der Macht ist — der Kapitalistenklasse.

Es wird darin in der bekannten Art der Politik der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationale von dieser Arbeiterregierung gefordert, daß sie die Bewegungen der linksstehenden Gewerkschaftler unterstützen und ihren Kampf fördern müsse, anstatt diese Kämpfe, wie z. B. den letzten Eisenbahnerstreik, abzuwürgen. Sie soll für den Fortschritt in der Arbeiterbewegung eintreten und Maßregeln ergreifen, um das traurige Los der Arbeitslosen zu mildern und zu bessern.

Der Kampf um die Arbeiterregierung und ihre Funktionen ist der alte Kampf einer Klassen-Arbeitsgemeinschafts-Politik gegen die revolutionäre Klassenkampfpolitik. Von dem Ausgang dieses Kampfes hängt die ganze Zukunft der Bewegung ab.

Aus alledem geht hervor, daß die englische Arbeiterschaft jetzt an die Scheidegrenze der Arbeiterbewegung der Vergangenheit angelangt ist und mit ihrer Arbeiterregierung hoffentlich eine deutliche und wirksame Lehre erhält, wie sie sich in Zukunft für ihren revolutionären Klassenkampf einzustellen hat.

Aus dem besetzten Gebiet

Aus Bochum wird gemeldet: „Die Kündigungs- und Entlassungsaktion des Bergbaues ist in vollem Gange. Die Belegschaftsmitglieder werden bekanntlich bis zu 20 Proz. der Gesamtbelegschaft auch dann nicht wieder einzustellen, wenn der Betrieb voll aufgenommen werden sollte. Die Entlassungen erfolgen im Augenblick und erhöhen die Schwierigkeiten, mit denen die Ruhrgebiet ohnedies zu kämpfen hat. Die Zahl der Feierschichten derer, die in Arbeit stehen, hat noch keine Abschwächung erfahren. Einige Schachtanlagen, die bisher völlig still lagen, sind jedoch wieder in Betrieb genommen worden, da sie, wie die zum Stinnesbesitzes gehörigen Gewerkschaftsschächte, zu ersaufen drohen. Die Aufnahme von Arbeitern erfolgt aber nur soweit, als es zur Verhinderung des völligen Zusammenbruchs der Anlage unbedingt notwendig ist. Die Abwanderung der Arbeiter aus dem Ruhrgebiet hält infolgedessen an. Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen, die seit dem Herbst aus dem Ruhrgebiet abgewandert sind, auf nicht weniger als 52 000 Personen."

*

Es erübrigt sich, auf diese Meldungen näher einzugehen, da dies schon sehr oft im „Proletarier" geschehen ist und die Meldungen nur bestätigen, was die KAP. und AAU. schon bei Beginn des Ruhrkrieges gesagt haben.

Warnung! Spitzel Busch

Es war im März 1919, als der Otto Busch, damals in der USPD., sich im Spartakusbund aufnehmen ließ. Busch verstand es, durch radikales Reden und Benehmen, sich bald in führende Stellung im Spartakusbund zu drängen. In dieser Funktion, getragen von dem Vertrauen der Mitglieder, hat er es verstanden, die Genossen, die ehrlich für die Revolution kämpften, der weißen Justiz in der gemeinsten Weise für schnöden Geld zu verraten und auszuliefern.

Die revolutionäre Arbeiterschaft entsinnt sich, daß im Frühjahr 1919 die Reichswehr im ganzen Reiche, so auch in Düsseldorf, insbesondere in Bottrop, im Kohlenspott, die revolutionäre Bewegung niederschlug. Hier war es Otto Busch, der in Verbindung mit dem Polizeibonzen K. von Bottrop und Sch. von Düsseldorf die ihm vertrauenden Genossen an die weiße Justiz verriet und sie nachts aus den Betten holen ließ zum Abtransport ins Zuchthaus und zum Erschießen an die Wand. Wir hatten Busch vor der ersten Veröffentlichung in der Zeitung aufgefordert, sich den Zeugen seiner Spitzeltätigkeit gegenüberzustellen, um sich zu verantworten.

Obwohl uns Busch fest versprach, zu kommen, nachdem wir ihm gesagt hatten, um was es sich handelte, zog er es vor, nicht zu kommen. Da Busch trotzdem seine Spitzeltätigkeit leugnet, und andere Organisationen noch darauf hinzuhalten scheint, wir uns veranlaßt, dieses Bild seiner Tätigkeit zu entrollen.

Weiteres Material liegt in unseren Händen.

Allgemeiner Arbeiter-Union, Ortsgruppe Bochum.

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch Sammelt für den Pressefond

Verantw.: Sonzebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD
Druck: Karl Borgmann, Berlin.

Proletarier

9/2/24

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. II, Jahrgang 5 | Februar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Der Zustand der Schwebe

Trotzdem monatelang der passive Widerstand aufgegeben und der Ruhrkrieg eigentlich beendet ist, ist der Zustand vorhanden, wo die Frage noch ungelöster ist, als vor dem Einmarsch der Ententetruppen. Nach der hohen Begeisterung, die durch den Kampf der „Seele" gegen die Bajonette eingesetzt und die in unzähligen Plakaten dem allzeit geduldigen Michel vor Augen geführt wurde, ist eine Stimmung gefolgt, die wir schon mal mit, — ach nein nicht wir, — sondern der Reichsfinanzminister mit Märchenstimmung bezeichnete. Doch ist die Stimmung, die nie in den Köpfen der Bourgeoisie Platz gegriffen hatte, auch nicht bei den Helden des Parlamentsparketts vorherrschte, sondern nur in den Köpfen der kleinbürgerlich, mechanisch denkenden sogenannten breiten Masse des Volkes, wozu auch viele, viele, waschechte Proletarier gehören, nun langsam im schwinden. Trotzdem noch allerlei vielversprechende Projekte der Lösung harren, die ja alle dem Wohl des so unendlich viel geplagten Volkes dienen wollen. Nach wie vor ist das Problem, welches der Lösung harrt, die Frage der Reparationen, und da diese nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern dem Versailler Friedensvertrag entspringen und dieser der Ausdruck des Krieges, also der Vernichtung des Absatzmarktes, der Kaufkraft der Völker, oder richtiger gesagt, der Kaufkraft der arbeitenden Klasse der Erde ist, so ist eben dies zu lösende Problem immer noch die Frage der Todeskrise des Kapitals als solches. Aus der es kein Entrinnen gibt ohne Kampf.

Ueberall spielen sich in den Schaukästen der „civilisierten" Völker die gleichen Komödien ab, je nach Temperament und Veranlagung, ja nach den Sitten und Gebräuchen des betreffenden Volkes führt man die Komödien auf, um zu beweisen, daß sie, die „Auserkorenen" das Rad der Geschichte schon richtig vorwärts drehen würden, wenn sie nur in der Mehrzahl wären. In Japan boxt man sich gegenseitig raus und schließt dann die Bude, in Frankreich wirft man sich mit zusammengeknüllten Zeitungen, in England macht mans mit der Würde und tiefen Ehrfurcht nebst Handkuß, in Italien bestimmt einer, und das ist gut so, sagen viele, und in Deutschland — hm, da ist es nun schwer, — bei diesem Volk der Dichter und Denker — da denkt man als oberer Teil des Volkes, der untere Teil denkt noch nicht, sonst — da denkt man — nein, da denkt man lieber, daß die Männer handeln, die das Zeug dazu haben und schon hatte einer nebst noch einigen die ausübende Gewalt und die können ganz gut, während dem denkenden Teil die Ruhe ganz gut bekommt.

Während dieser Hanswurstiaden geht der Zusammenbruch der kapitalistischen Waren- und Profitwirtschaft mit ungeheuren Schritten vorwärts und immer größere Scharen werden in den Abgrund geschleudert, aus dem sie nie wieder herauskommen werden, solange sie noch an dieses System glauben und in diesem zu leben gezwungen sind.

Vollständig in der Schwebe hängt noch die Reparationsfrage als augenblickliches Zeitproblem. Die Unmöglichkeit in dem besetzten Gebiet, welches ein Jahr der Kampfplatz kapitalistischer Interessengegensätze war und jetzt noch durch schwere Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit immer mehr erschüttert und zerrüttet wird, die Produktion wieder voll aufzunehmen, wird die Situation herbeiführen müssen, der dem auch noch so sehr vor den realen Tatsachen die Augen verschließenden Teil des Proletariats aus seinem Schwebezustand auf die Plattform des Klassenkampfes bringt und wo dann nicht mehr die Frage heißen kann — Linderung der Leiden — sondern — Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wodurch die Vernichtung von Millionen Proletarier bedingt ist.

Während in Frankreich einem Ermächtigungsgesetz zugestimmt worden ist, das ja im Vergleich zu unserem deutschen Beispiel nur einen Zweck darstellt, der aber bald unter dem Fortschritt der Krise zum Riesen sich entwickeln wird, hat man in Preußen-Deutschland, der demokratischen Republik, dabei, dem deutschen Proletariat zu erklären durch den Mund des Ernährungsministers, daß es, das Volk, noch viel zu billig lebt, und daß ja schon eine kleine Menge Ministerchen, aber dies noch lange nicht genug sind und noch lange nicht schnell genug geht. Sogar dem „Vorwärts", dem Blatt des Arbeiters, der schon mal für die Demokratie, wie sie Seekt auffaßt, gekämpft hat und der nun wieder für den sozialen Inhalt „dieser Republik" kämpfen will, wird Angst vor dem Kurs und glaubt feststellen zu müssen, daß doch zwanzig Millionen Menschen zu viel sind und demnach vernichtet werden sollen, trotz dieser guter Ernte. Der „Proletarier" hatte schon in seiner Nummer 3 auf die Weiterrote 1923 hingewiesen und den Wahnsinn des Kapitalismus aufgezeigt. Jetzt wird dieser Widerspruch, obwohl unbewußt, von dem Reichminister — Graf von Kanitz, — wiedergegeben, und auch noch verschiedenes andere dem deutschen disziplinierten, über allen möglichen Unsinn verblödeten Proletarier gesagt, — gesagt in einer Offenheit, die auch dem geduldigsten Lamm in Erregung bringen würde, doch dem Michel scheinbar noch in der Schwebe hält. Doch hören wir den Grafen von Kanitz, der nur darum von uns mal genannt wird, weil er gerade Reichsernährungsminister ist. Auf dem Lehrgang der Landwirtschaftskammer in Königsberg gebrauchte derselbe folgende Sätze: „Die Grundlage für die Ernährung wird immer die eigene Scholle sein. Diese ist heute in großer Gefahr, weil die Agrarkrise ein solch gefährliches Ausmaß angenommen hat. Die deutsche Agrarkrise ist nur ein Teil der Weltagrarkrise, die dadurch herbeigeführt wurde, daß einmal fast sämtliche Länder während des Krieges ihre Getreideanbauflächen vergrößert und ihr Vieh stark vermehrt haben, daß anderseits eine relativ gute Weiternte zu verzeichnen ist und zum dritten die Kaufkraft ganzer Völker enorm abgenommen hat. Der Ueberschuß der Weltgetreideernte, die von dem Kosmos nicht aufgenommen werden kann, wird auf 7 bis 10 Millionen Tonnen geschätzt. Die deutsche Landwirtschaft leidet naturgemäß besonders schwer unter der Weltagrarkrise, weil Deutschland durch die Fesseln von Versailles nicht imstande ist, seine Landwirtschaft in irgendeiner Weise zu schützen.

Die Erzeugerpreise für Vieh und Getreide sind gegenwärtig viel zu niedrig. Der unerträgliche Steuerdruck zwingt den Landwirt zum vorzeitigen Verkauf der Ernte zu jedem Preise. Die Erzeugerpreise für Vieh sind auch völlig unhaltbar. Es gibt auch zu viel Händler und zu viel Fleischer. Der Fleischkonsum in Deutschland ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen." Um zum Schluß zu folgenden Feststellungen zu kommen: „Das deutsche Volk ist das geduldigste Volk der Welt, dieses stille Dulden großer Volkstelle, das Ertragen von schlimmsten Entbehrungen, ohne zu klagen, dieses — wir wollen es offen aussprechen — Dahinsterben vieler, ohne viel Aufhebens davon zu machen, dieser ruhige und gewaltige Heroismus ist erschütternd und soll für uns Landwirte der Ansporn sein, nicht den Mut sinken zu lassen, auch wenn alles zurzeit noch so trostlos aussieht. Die deutsche Landwirtschaft hat sich nach den unglücklichen Kriegen vor 120 Jahren, obgleich es ihr damals noch viel schlechter ging, auch wieder empor gearbeitet. Nach menschlicher Berechnung ist es nur eine absehbare Spanne Zeit, in der wir verzweifelt die Zähne zusammenbeißen müssen.

Und seien wir ferner dessen eingedenk, daß die Führung im Staate nur der haben wird, der heute Opfer bringt. Die Wirtschaftsfolgen des zu unseren Ungunsten ausgegangenen größten aller Kriege nimmt uns keine Macht der Welt ab!"

Der Bluff mit dem Versailler Vertrag ist natürlich nur für die Dummen; denn Amerika hat keinen Versailler Vertrag und dort liegt die Ernte in ungeheueren Mengen aufgestapelt und die Farmer stehen auch auf Grund ihrer Unkenntnisse über die kapitalistischen Zusammenhänge den Dingen genau so hilflos gegenüber, wie die deutschen Klein-, Mittel- und Großbauern nebst den Kohlrübenbaronen, die letzten Nachfolger der Köckeritze und Itzenplitze.

Lange wirds ja nicht mehr dauern, sobald der Belagerungszustand durch die Wahlkampagne etwas gelüftet wird, falls man überhaupt wählen läßt, und die deutschen Klein- und Mittelbauern werden dann vermutlich der leider jetzt verbotenen KPD. zu richtigen Stimmzieh geduldet werden, indem man die Parole, — das Land dem Kleinbauern, — unter sie als Köder wirft. Das dies dann genau so viel mit Kommunismus zu tun hat, wie jetzt Sowjetrußland, noch mit der Weltrevolution und die bäuerliche Bevölkerung dort dem deutschen Klein- und Mittelbauern an reaktionärer Einstellung auf Grund ihres Besitzes an Grund und Boden nichts nachsteht, ist wohl eine Selbstverständlichkeit.

Die Feststellung, daß die Preise für die Produkte der Landwirtschaft viel zu niedrig sind, d. h. daß der Proletarier viel zu billig lebt, entspringt natürlich den Lebensnotwendigkeiten des Agrarkapitals, genau wie der Zehnstundentag den Profitinteressen der Industrie entspringt. Das Proletariat kann sich ja nun schon so ungefähr einen Begriff machen, was ihm noch blüht. Der Zustand der Schwebe und die Märchenstimmung werden bald von der völligen Katerstimmung und einem Zustand des Rutschens und Hinabsausens abgelöst werden. All die Hoffnungen des Kleinbürgers, daß es besser wird, geben, für den, der sehen will, in die Brüche und der so künstlich aufgebaute Etat durch die Abbaumaschine gehalten, geht in die Brüche und erweist sich als eine Illusion. Wie weit die Erkenntnis sich bei der Bourgeoisie schon bemerkbar macht, zeigen uns die Worte des Währungsgottes Dr. Schacht, der im Rahmen der Königsberger landwirtschaftlichen Woche folgende Worte gebrauchte: „Die Kaufkraft des ganzen Volkes ist ungeheuer zurückgegangen. Dadurch hat sich selbst angewiesen. Die Folge davon ist eine Steuerbelastung, wie wir sie wohl überhaupt noch nie in einem Staat erlebt haben. Diese muß dahin führen, daß, wenn nicht eine grundsätzliche Aenderung in unserer ganzen Wirtschaft und damit in unseren Beziehungen zum Ausland eintritt, voraussichtlich die angeschriebenen Steuern in der nächsten Zeit nicht mehr eingehen werden." Man wollte durch Drosselung der Ausgaben auf das Mindestmaß, welches erreicht werden sollte, durch Rauswurf von hunderttausenden von Arbeitskräften und Einstellung von Erneuerungsarbeiten, und durch die Steigerung der Einnahmen durch eine ganz brutale Steuerbelastung, der preußische Finanzminister Richter nannte es „Steuern zahlen bis zum Weißbluten", den Etat in Ordnung bringen und dadurch dann mit Hilfe des unbefristeten Arbeitstages und der „stabilen" Rentenmark die Gesundung der Republik und damit deren Aufstieg durchführen. Nun sagt Schacht schon selbst, daß es ohne ausländische Hilfe nicht geht und was er mit der Umstellung der Wirtschaft meint, ist wohl nicht schwer zu erraten. Es muß demnach noch billiger und schneller gearbeitet und noch viel weniger gegessen werden... Die Trostlosigkeit der deutschen, demokratischen Republik, die ja gar nicht mehr existiert, die ja schon so verhunzt ist wie ein „Zielschiff auf hoher See, das nur noch durch einen Kerngehalt eben über Wasser gehalten wird, sollte doch der deutschen Arbeiterklasse erkennen lassen, wohin es mit diesem Wrack hinkommt. ... und soll

Für die dritte Januardekade wird der Bericht des Reichsfinanzministeriums herausgegeben, der trotz der hohen Steuereinnahmen und trotz der Drosselung der Ausgaben auf das niedrigste Niveau noch ein Defizit von 11 Goldmillionen aufweist.

Der „Vorwärts" freut sich, daß es nicht mehr ist und hoffentlich stimmt es auch.

Der Bericht sagt dann weiter: „Durch den Verkauf von Rentenmarkwechseln ist das Reich kräftig dabei, wertbeständige allerdings kurzbefristete Schulden zu machen. Im Januar sind insgesamt für rund 161 Goldmillionen Mark Rentenwechsel ausgegeben worden. Diese vereinnahmten Summen sind nicht ausgegeben und haben als Betriebsmittel Verwendung gefunden."

Wer zweifelt nun wohl noch an der Stabilität der Republik, an ihrer Tragfähigkeit? Wie man sich dies nun denkt, — Eintreibung von Steuern, da nicht freiwillig gezahlt werden kann, wie Schacht in sagt, wird nicht möglich sein. Umstellung der Wirtschaft, um mit dem Ausland in besseren Beziehungen zu kommen und Auslandshilfe sich als notwendig erweist, wo doch das Ausland, so vor allem Frankreich, doch auch den Berg hinabrutschen. England mit seiner riesigen Arbeitslosigkeit langsam aber sicher hinterher, sagt man nicht.

Dem Proletariat wird mit erschreckender Offenheit, die doch zu begrüßen ist, der Weg gezeigt, dem man eben geduldigen Volk, das ohne viel Aufheben dahinstirbt, gehen lassen wird, den Weg zur Schlachtbank. Ueberall, wo Kapitalismus ist, herrscht der Klassenkampf in zynischer Art. Im Ruhrgebiet fordert er täglich viele Opfer. Viele versuchen dem Untergang zu entrinnen durch Auswanderung nach anderen Staaten, wo doch ihrer dasselbe Los harrt.

Das Proletariat darf nicht aussuchen und nicht ausrücken, sondern muß in klarer Erkenntnis der zusammenbrechenden Kapitalismus mit eiserner Entschlossenheit diesem sogenannten Zustand der Schwebe aus dem Gleichgewicht bringen und durch seine Klassen dem Würgekrieg ein Ende machen.

Wenn Euch, der Arbeiterklasse, ein Jahrer sagen kann, daß ihr ohne vieles Aufheben dahinstirbt, so könnt ihr schon daran

An die Parteimitglieder des Wirtschaftsbez. Rheinland-Westfalen!

Genossen! Es ist tief bedauerlich für die Union, daß ein so wichtiger Bezirk Deutschlands, der Brennpunkt der Geschicke des gesamten deutschen Proletariats, bisher noch letzten gemeinsamen Reichszusammenkunft von Partei und Union überhaupt nicht vertreten war. Noch schwerer wiegt die in der Union die Parteiorganisatorischen eingetretene Krise so fertig bringen konnten, durch ihren Mehrheitsbeschluß die Entsendung eines Vertreters zu der erwähnten Konferenz, der wichtigsten seit dem Bestehen von Partei und Union bisher der durch nichts vorwegzunehmen Zustände in Deutschland, ohne abzuziehen. Parteigenossen! An euch liegt es und auf euch lastet die Verantwortung, wenn ihr lerner derartige Manöver unterbindet, der KAPD. in Rheinland-Westfalen zuteilt. Prüft und entscheidet daher zweckmäßig eure Arbeit in der Union und holt mit verdoppelter Kraft nach, was bisher unterlassen und versäumt worden ist. Es muß in diesen Wochen, wo große Streiks und Unruhen in allen Arbeiterkreisen sich dort vollziehen, auch möglich sein, die Unionsmassen von dem Wert und der ungeheueren Wichtigkeit der politischen Tätigkeit einer außerparlamentarischen Partei zu überzeugen und sie mit allen Mitteln dafür zu gewinnen. Wetzt die vorhandene Schärfe aus! Auf ans Werk für die KAPD.!

Material zur Agitation (Programm, Flugschriften) werdet ihr jederzeit von uns erhalten!

Geschäftsführender Hauptausschuß der Kommunistischen Arbeiter-Partei.